

GRÜNE JUGEND NRW

GRUNDSATZPROGRAMM

Herzlich willkommen bei der GRÜNEN JUGEND NRW.

In diesem Grundsatzprogramm möchten wir einen Überblick über unsere politischen Forderungen und Ideen für eine gerechte Gesellschaft geben. Wir wünschen dir viel Spaß beim Lesen!

Beschlossen wurde das Grundsatzprogramm auf der Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND NRW am 23. und 24. August 2008 in Wuppertal.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Landesvorstandes.....	3
Zum Entstehungsprozess.....	4
Präambel.....	5
I. Bildung.....	6
Bildung ist mehr als Wissen!.....	6
Bildung von Anfang an.....	6
Schule der Zukunft.....	7
Betriebliche Ausbildung.....	10
Hochschule.....	11
II. Ökologie.....	14
Mensch und Natur.....	14
Klima und Energie.....	15
Mobilität.....	17
Naturschutz und Biodiversität.....	18
Landwirtschaft, Gentechnik und Ernährung.....	19
III. Wirtschaft und Soziales.....	22
Einführung.....	22
Ökologisch nachhaltig wirtschaften.....	23
Was ist Arbeit? Was ist Leben?.....	23
Kreatives UnternehmerInnentum.....	25

Wissen schafft Arbeit.....	25
Sozialstaat reformieren – BürgerInnenversicherung einführen!.....	26
Nachhaltige Finanzpolitik.....	29
IV. Gesellschaft.....	32
Einführung.....	32
Deutschland ist Einwanderungsland.....	32
Familie ist Verantwortung.....	34
Unsere Zukunft.....	34
Wertschätzung älterer Menschen.....	35
Gleich berechtigen.....	36
LesBiSchwules.....	37
Kultur ist Anker der Gesellschaft.....	38
Freie Gesellschaft? Freie Medien!.....	39
Für eine humane Drogenpolitik.....	40
Sport ist Kultur.....	41
Tierschutz und Tierrechte.....	41
Tiere schützen.....	41
Umgang mit Tieren.....	42
Mehr als ein ökologisches Problem!.....	42
Konkrete Konfliktfelder und Ansätze zu ihrer Lösung.....	42
Konsum tierlicher Produkte.....	42
Tierversuche.....	43
Zoos und Unterhaltungsindustrie.....	43
V. Demokratie.....	44
Einführung.....	44
Rechtsextremismus bekämpfen.....	44
Freiheit und Sicherheit.....	45
Partizipation.....	47
VI. Europa und Internationales.....	49
Einführung.....	49
Europäische Union.....	49
Internationale Organisationen stärken.....	52
Menschenrechte globalisieren!.....	56
Gerechtigkeit für alle.....	56
Auf in die friedliche Weltgesellschaft!.....	56

VORWORT DES LANDESVORSTANDES

Januar 2009

Liebe Mitglieder, liebe Interessierte,

Nach vielen inhaltlichen Diskussionen auf den Landesmitgliederversammlungen, Seminaren und bei Arbeitskreistreffen, hat die GRÜNE JUGEND NRW nun zehn Jahre nach ihrer Gründung endlich ein Grundsatzprogramm. In diesem wollen wir Wege aufzeigen, hin zu einer friedlichen, demokratischen und toleranten, einer ökologischen und gerechten Welt.

Das Grundsatzprogramm stellt unsere Grundsätze dar und ist deshalb mehr als eine kurze Momentaufnahme unserer politischen Konzepte. Um unsere Ziele für eine gerechte und solidarische Gesellschaft zu erreichen, werden wir aber auch weiter über unsere Positionen diskutieren und an Lösungsansätzen arbeiten.

Wer sich an dem kontinuierlichen Prozess der Beschluss- und Meinungsfindung beteiligen und für unsere Ideen streiten möchte, ist herzlich dazu eingeladen, bei uns mitzumachen. Nur wenn wir uns gemeinsam für die Ziele der GRÜNEN JUGEND NRW einsetzen, können wir sie auch umsetzen!

Viel Spaß beim Lesen,

Verena Schäffer und Eike Block
SprecherInnen der GRÜNEN JUGEND NRW

ZUM ENTSTEHUNGSPROZESS

Die Idee, ein eigenes Grundsatzprogramm für die GRÜNE JUGEND NRW zu schreiben, gab es schon lange. Meistens wurde sie wieder verworfen und verschoben. „Wenn wir mal Zeit haben!“ Aber nun ist es endlich fertig!

Auf der Landesmitgliederversammlung im November 2007 wurden wir als achtköpfige Grundsatzkommission gewählt. Wir hatten die Aufgabe, uns einen Überblick über alle inhaltlichen Positionen der GRÜNEN JUGEND NRW zu verschaffen, die Beschlüsse zu bündeln und auf dieser Grundlage einen Entwurf für ein Grundsatzprogramm zu erstellen. Dabei gab es Widersprüche und Lücken, die wir auf zahlreichen Treffen gemeinsam mit den Mitgliedern besprochen haben. Schließlich wurde der Programmentwurf auf der Landesmitgliederversammlung am 23. und 24. August 2008 in Wuppertal diskutiert und offiziell als Grundsatzprogramm verabschiedet.

Gegliedert in sechs große Themenbereiche: Bildung, Ökologie, Wirtschaft und Soziales, Gesellschaft, Demokratie sowie Europa und Internationales liegt es nun vor euch. Wir haben den Spagat zwischen tagesaktuellen politischen Forderungen auf der einen und visionären Ideen auf der anderen Seite geschafft.

Das Grundsatzprogramm soll einen Überblick geben über die inhaltlichen Positionen, die Visionen und den Gesellschaftsentwurf der GRÜNEN JUGEND NRW.

Das Grundsatzprogramm soll aber auch Anregung sein, weiter über grundsätzliche Ideen nachzudenken!

Kathrin Henneberger
Josefine Paul
Franziska Richter
Verena Schäffer

Martin-Sebastian Abel
Matthi Bolte
Lino Hammer
Max Löffler

PRÄAMBEL

Die GRÜNE JUGEND NRW ist ein politischer Jugendverband, der der Partei Bündnis 90/Die Grünen NRW nahe steht, aber unabhängig von ihr handelt. Unsere politische Arbeit orientiert sich an den Leitbildern von Ökologie, Pazifismus, Demokratie und Solidarität. Transparenz und Offenheit gehören zu den Grundsätzen des politischen Handelns der GRÜNEN JUGEND NRW. Als politischer Verband wollen wir nicht einfach Gesetze ändern – wir wollen die Politik, die Gesellschaft, wir wollen die Welt verändern. Wir kämpfen für eine ökologische und nachhaltige, für eine soziale und solidarische, für eine freie und friedliche Welt. Die GRÜNE JUGEND NRW ist Teil einer modernen, linken und emanzipatorischen Bewegung.

Unsere Vision der Zukunft enthält keinen Platz für Umweltverschmutzung, für Ungerechtigkeiten, für Krieg, für Diskriminierung, Rassismus oder Unterdrückung. Wir fordern eine Politik ein, die sich an den Grundsätzen von Nachhaltigkeit, Gewaltfreiheit, an der Gleichberechtigung aller Menschen, an Antifaschismus und Antirassismus, an der Teilhabe-, Chancen- und Generationengerechtigkeit, an Transparenz und Offenheit orientiert.

I. BILDUNG

Bildung ist mehr als Wissen!

Bildung nimmt im Leben jeder und jedes Einzelnen eine Schlüsselstellung ein. Sie ist nicht nur Vorbereitung auf das Arbeitsleben, sondern ermöglicht die Selbstentfaltung des Individuums, den Austausch mit Anderen und die Integration in die Gesellschaft. Bildungsinstitutionen wie Kindergärten, Schulen, Universitäten, Fach-, Berufs- und Volkshochschulen sind zentral für das Erlernen und Leben demokratischer Prinzipien.

Das deutsche Bildungssystem erfüllt derzeit alle seine Aufgaben nur mangelhaft: Weder bereitet es junge Menschen auf das Berufsleben vor noch bietet es gleiche Chancen zur Entfaltung für alle noch sind deutsche Bildungsinstitutionen wirklich demokratisch organisiert. Neben zahlreichen qualitativen Kritikpunkten sieht die GRÜNE JUGEND NRW vor allem einen Mangel an Bildungsinvestitionen. Das fängt bei Krippen- und Kindergartenplätzen an, die längst nicht in ausreichender Zahl angeboten werden, und hört bei überfüllten Klassen- und Seminarräumen und einer großen Ausbildungsplatzlücke auf. Es bedarf endlich eines Umdenkens in der Bildungspolitik, um gleiche Chancen für alle zu ermöglichen und sicher zu stellen, dass alle jungen Menschen ihr Potential entfalten können.

Nicht zuletzt das schlechte Abschneiden des deutschen Schulsystems in verschiedenen internationalen Vergleichsstudien zeigt, dass das deutsche Bildungswesen nicht dem Anspruch einer integrativen Wissensgesellschaft gerecht wird. Dabei ist die Schule nur ein Baustein im Konzept des lebenslangen Lernens.

Bildung von Anfang an

Das Lernpotenzial von Kindern in den ersten Lebensjahren wird in Deutschland noch immer unterschätzt. Die Förderung der sozialen, kognitiven und emotionalen Entwicklung muss in den Vordergrund rücken, um Defizite frühzeitig auszugleichen und Chancengerechtigkeit für alle Kinder herzustellen. Unsere Kita der Zukunft steht für einen ganzheitlichen Bildungsbegriff mit dem Dreiklang von Bildung, Erziehung und Betreuung.

Mehr Platz für die Kleinsten!

Die Diskussion über den Ausbau von Kitaplätzen ist eng verknüpft mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das konservative Familienmodell der Hausfrau und Mutter hat sich ausgelebt! Noch immer aber sind nicht ausreichend Kitaplätze für unter Dreijährige vorhanden. Wir wollen den flächendeckenden Ausbau vorantreiben und fordern einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem ersten Lebensjahr. In der pluralistischen Landschaft von Betriebs-, konfessionellen, staatlichen und freien Kindergärten sehen wir eine große Chance für eine vielfältige und individualisierte Kinderbetreuung und frühkindliche Erziehung.

Qualitätsoffensive in den Kitas

Beim Ausbau von Kitaplätzen dürfen Qualitätsstandards, wie die ErzieherInnen-Kind-Relation, die Bil-

dungsinhalte und die Ausbildung von ErzieherInnen, nicht zu kurz kommen. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive in den Kitas! Angesichts neuer und veränderter Aufgaben bedarf es eines anderen Ausbildungsniveaus für ErzieherInnen. Damit verknüpft muss eine verstärkte gesellschaftliche Achtung der ErzieherInnen sein, denn sie legen wichtige Grundlagen im Leben unserer Kleinsten. Zukünftige ErzieherInnen müssen eine Ausbildung auf Fachhochschulniveau erhalten, bereits aktive ErzieherInnen weiter qualifiziert werden. Trotzdem wollen wir den Erziehungsbereich auch für Menschen ohne Hochschulzugangsberechtigung offen halten, zum Beispiel für die Berufsausbildung zur/zum KinderpflegerIn.

Wir fordern einen altersgemäßen und verbindlichen Bildungsplan für die Kitas, der den Dreiklang Bildung, Erziehung und Betreuung berücksichtigt – eine Verschulung lehnen wir ab. Die Kita der Zukunft ist ein Ort, an dem Kinder Selbstbewusstsein, Vertrauen und sozialen Umgang mit Gleichaltrigen lernen und ihre Talente entfalten können. Da immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund hier leben und aufwachsen, verstehen wir die gezielte Förderung der Mehrsprachigkeit als eine zunehmend wichtige Aufgabe der Kita.

Chancengerechtigkeit von Anfang an

Aktuell bleiben vor allem Kinder aus bildungsfernen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund den Kindertageseinrichtungen fern. Unser Ziel ist es, das Recht auf Bildung und frühe Förderung für alle Kinder zu gewährleisten, denn kein Kind darf zurückgelassen werden. Wir fordern deshalb die Einführung einer Kindertagespflicht für alle Kinder ab drei Jahren. Als Regeleinrichtung im Bildungssystem muss der Kindergarten in Zukunft beitragsfrei sein, aber auch die Beiträge für die unter Dreijährigen sollen abgeschafft werden. Wir wollen eine steuerfinanzierte Kita – Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern vor Schuleintritt muss endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen und deshalb auch von der gesamten Gesellschaft finanziert werden!

Schule der Zukunft

Einen Großteil unserer Kindheit und Jugend verbringen wir in der Schule. Doch viele deutsche Schulen sind keine angenehmen Orte, an denen gerne gelernt wird. Die Schulpflicht wird häufig als lästig und oft als belastender Zwang wahrgenommen. Anstatt Freude am voneinander und miteinander Lernen zu vermitteln, fußt unser Schulsystem auf Selektion, Disziplin und Druck. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert eine vollständige Reform der Schullandschaft, der Bewertungsmaßstäbe, der Lerninhalte und der demokratischen Mitwirkung von SchülerInnen. Die Schule muss zu einem Zentrum verschiedenster Lernerfahrungen werden – Schule muss ein Ort des Lernens und des Lebens sein.

Selektion abschaffen

Heute werden SchülerInnen, der alten Mär der „praktisch“ und der „logisch“ begabten Menschen folgend, schon nach der vierten Klasse für die verschiedenen Schulformen selektiert. Wir glauben nicht daran, dass die Fähigkeiten einem Menschen bereits in die Wiege gelegt werden. Vielmehr sind Unterschiede zwischen Kindern in diesem Alter oftmals auf das soziale Umfeld zurückzuführen. Anstatt diese Differenzen in der Schule auszugleichen, werden sie heute noch zementiert, indem schwächere SchülerInnen unter sich bleiben und ihnen der Zugang zu höheren Abschlüssen erschwert oder gar verwehrt wird. Kinder aus bildungsfernen Familien werden von dieser Selektion ebenso krass benachteiligt wie Kinder mit Migrationshintergrund, die häufig sprachliche Probleme haben. Solange die soziale Herkunft über die Bildungskarriere entscheidet, sind echte Integration und Chancengerechtigkeit unmöglich. Besonders vor dem Hintergrund einer achtjährigen Gymnasialzeit ist von einer ernsthaften Durchlässigkeit zwischen den Schulformen nicht mehr zu reden. Noch dazu ist die Hauptschule mittlerweile zu einer Art „Restschule“ geworden, die ihre SchülerInnen zu-

meist in eine aussichtslose Zukunft entlässt.

Die GRÜNE JUGEND NRW spricht sich deshalb für eine gemeinsame Schulzeit bis zum Ende der zehnten Klasse aus. Anschließend an die gemeinsame Schulzeit folgt eine Ausdifferenzierung in Oberstufe bzw. Ausbildung. Unsere NachbarInnen, allen voran die Pisa-SiegerInnen aus Finnland, machen es uns vor: Längeres gemeinsames Lernen macht schlau!

Wir fordern die Abschaffung der Förderschulen für lernbehinderte und erziehungshilfebedürftige SchülerInnen (so genannte "LB-Schulen" und "E-Schulen") und die Integration dieser Kinder und Jugendlichen in den Alltag des Regelschulsystems. Im Bereich der Förderschulen für Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen müssen weitere wissenschaftliche Studien ergeben, inwieweit die Integration von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen in Regelschulen langfristig möglich und sinnvoll ist. Eine weiterreichende Integration halten wir für erstrebenswert. Die Integration in die Regelschulen muss mit einer adäquaten personellen und finanziellen Unterstützung einhergehen. Gemischte Lerngruppen sind auch für Menschen ohne Behinderungen sehr sinnvoll und fördern darüber hinaus das soziale Miteinander ohne Ansehen von Herkunft, Religion oder Behinderung.

Freude am Lernen statt Sitzenbleiben und Notendruck

Die Leistungsbewertung in der Schule sollte dazu dienen, den SchülerInnen eine Rückmeldung über ihren Lernstand zu geben. Sie darf nicht den Zweck haben, SchülerInnen unter Druck zu setzen oder für eine schlechte Leistung zu bestrafen. Das Bewerten mittels Ziffernnoten aber hat genau diesen Effekt. Es versucht die individuellen Leistungen in schubladenartige Kategorien einzuordnen anstatt sie differenziert zu betrachten. Wir fordern die Einführung alternativer Formen der Rückmeldung wie individuelle Lernvereinbarungen und Lerntagebücher! Außerdem setzen wir uns für die sofortige Abschaffung der Kopfnoten ein. Verhalten und Charakter eines Menschen sind Teil seiner Persönlichkeit und mit keinerlei Notenmaßstab zu bewerten. Kopfnoten sind nur ein weiteres Disziplinarmittel und besitzen keinerlei Aussagekraft über eine Schülerin oder einen Schüler.

Ebenso unzeitgemäß ist das Sitzenbleiben. Anstatt gezielt die Defizite von SchülerInnen anzugehen, werden diese mit einem Extrajahr abgestraft. Wir fordern die umgehende Abschaffung des Sitzenbleibens, stattdessen bedarf es einer individuellen Förderung, insbesondere von schwächeren SchülerInnen.

Bis zur Realisation der gemeinsamen Basisschule muss auch das so genannte Abschulen abgeschafft werden. Die individuellen Probleme von Schülerinnen und Schülern lassen sich nicht über eine Art „Verschiebebahn- hof“ lösen. Wegsehen und wegschieben sind keine Alternativen zu individueller Förderung!

Demokratie leben

Demokratie darf nicht nur im Politik- und Gesellschaftsunterricht unterrichtet werden, Demokratie muss auch praktisch im Schulalltag gelebt werden. Wenn es um die Ausgestaltung der Lerninhalte, der Notenvergabe und organisatorische Änderungen in der Schule geht, müssen den SchülerInnen mehr Mitspracherechte eingeräumt werden. Die absolute Mehrheit der LehrerInnen in den Schulgremien muss der Vergangenheit angehören, mit ihr verkommt die Mitbestimmung der SchülerInnen zur bloßen Farce. Wir fordern die Drittelparität in allen Schulgremien – LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern sollen jeweils den gleichen Stimmanteil haben. Auch in den Schulausschüssen der Kommunen muss die SchülerInnenschaft vertreten sein und einbezogen werden.

Lehrqualität verbessern

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, die Lehrpläne deutlich zu entschlacken und schülerInnengerecht zu flexibilisieren. Es muss mehr Raum für die Durchführung von Projekten und Themenwochen geschaffen werden. Lediglich im Frontalunterricht eingetrichtertes Wissen wird häufig schnell wieder vergessen. Entgegenwirkend müssen SchülerInnen Methoden selbst organisierten Lernens beigebracht werden, mit denen sie sich Wissen selbst aneignen können. Das ist ein Beitrag zu lebenslangem und nachhaltigem Lernen. Des Weiteren wird dadurch eine Erziehung zu Demokratie, Selbst- und Mitbestimmungsrecht gestärkt. Ebenso muss das Arbeiten in kleineren Gruppen stattfinden, was individuelle Förderung wesentlich besser ermöglicht.

Schon ab der Grundschule muss politische Bildung als Unterrichtsfach verankert werden. Dieses Fach fällt zusammen mit Kunst, Musik und Philosophie häufig als erstes den Stundenplankürzungen zum Opfer. Dabei sind diese Fächer für die Selbstentfaltung und die demokratische Bildung der Schülerinnen und Schüler von allergrößter Bedeutung.

Interdisziplinäres Lernen bildet eine weitere sinnvolle Ergänzung zum oftmals sehr streng strukturierten Lehrplanaufbau. Das Verknüpfen unterschiedlicher Unterrichtsfächer in Feldern mit thematischer Überschneidung, ermöglicht es Schülerinnen und Schülern fächer- und themenübergreifende Zusammenhänge zu erkennen anstatt lediglich stur Fakten auswendig zu lernen.

Auch die LehrerInnenausbildung muss neu überdacht werden. Die Praxisanteile müssen schon in frühen Semestern deutlich erhöht werden. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die Einführung eines Praxissemesters als Teil der Bachelorausbildung. Psychologische, pädagogische und didaktische Inhalte sind für angehende LehrerInnen mindestens ebenso wichtig wie die fachwissenschaftliche Ausbildung. Wir wollen keine frustrierten LehrerInnen, sondern Menschen mit Spaß am Lehren und Lernen! Deshalb ist es wichtig, auch nach Abschluss des Examens Weiterbildungs-, Supervisions- und Austauschmöglichkeiten für die LehrerInnen anzubieten. Lebenslanges Lernen muss von LehrerInnen vorgelebt werden! Ferner muss SchülerInnen im Rahmen der Demokratisierung der Schule die Möglichkeit gegeben werden, den Unterricht zu evaluieren und konstruktive Kritik an ihren LehrerInnen zu üben.

Schule als Ort des Lernens und Lebens

Schule ist mehr als Unterricht. SchülerInnen verbringen hier einen Großteil ihrer Zeit – deshalb muss die Schule ein umfassendes Spektrum von Erfahrungen bieten. Zurzeit ist das genaue Gegenteil der Fall. Viele Schulen sind graue Betonklötze, es gibt kaum Spiel- und Sportmöglichkeiten oder Orte des Entspannens und der Ruhe. Diese Lernkasernen müssen dringend umgestaltet werden, SchülerInnen brauchen Grünflächen und Rückzugsmöglichkeiten. Um integratives Lernen auch baulich möglich zu machen, müssen Schulen zudem generell barrierefrei, ausgebaut sein.

Schule darf nicht nur Wissen weitergeben, sondern muss auch soziale Kompetenzen vermitteln, beispielsweise durch Rollenspiele und Übungen für Fertigkeiten wie Empathie, Konfliktbewältigung und Zivilcourage. Dabei können auch konkrete Vorfälle unter SchülerInnen besprochen und bearbeitet werden. So kann Mobbing und Diskriminierung in der Schule entgegengewirkt werden. Für eine weitere Verbesserung des sozialen Klimas unter den SchülerInnen ist es wichtig, dass ihnen ausreichend PsychologInnen, SozialpädagogInnen und entsprechende TrainerInnen zur Problemerkennung und -bearbeitung zur Verfügung stehen.

Die GRÜNE JUGEND NRW plädiert für den Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen. Auf diese Weise

können Lerninhalte sinnvoll entzerrt und weiterführende Angebote, beispielsweise im künstlerischen, musikalischen oder sportlichen Bereich, in das Schulleben integriert werden. Individuelle Förderung erhält so einen festen Platz im Schulalltag. Diese Umstrukturierung des Schulalltages bedarf auch bestimmter Anpassungen: Wir fordern ökologisches, nahrhaftes und finanziell erschwingliches Essen für alle SchülerInnen! Darüber hinaus muss Schule auch sportliche und musikalische Aktivitäten außerhalb des Unterrichts anbieten, etwa in Kooperation mit örtlichen Vereinen und Musikschulen. Denn nur wer positive Erfahrungen mit der Schule verbindet, wird auch gerne lernen.

Betriebliche Ausbildung

Seit einigen Jahren mangelt es jedes Jahr an Tausenden von Ausbildungsplätzen. Es müssen endlich genügend Plätze geschaffen werden, damit jeder/jedem ein Ausbildungsplatz garantiert werden kann. Wir wollen eine Ausbildung, die angemessen auf den Beruf vorbereitet und weder allgemeine noch politische Bildung vernachlässigt. Dabei halten wir die duale Ausbildung für ein Erfolgsrezept, weil sie praktische Elemente im Betrieb und theoretisches Wissen in der Berufsschule verknüpft.

Es gilt klassische Rollenverständnisse und Geschlechterklischees bei den ausbildenden Betrieben abzubauen, denn aller Emanzipation zum Trotz stoßen Mädchen und Frauen noch immer auf enorme Probleme, wenn sie eine Ausbildung in einem männlich dominierten Berufsfeld anstreben.

Mehr Ausbildungsplätze schaffen

Eines der größten Probleme für Jugendliche in Deutschland ist das mangelnde Angebot an Ausbildungsplätzen. Immer weniger Betriebe bilden noch aus und hunderttausende Jugendliche gehen jedes Jahr bei der Suche nach einer Lehrstelle leer aus. Besonders hart betroffen sind Jugendliche ohne Schulabschluss, zu den VerliererInnen gehören aber in zunehmendem Maße auch MigrantInnen und SchülerInnen mit Hauptschulabschluss. Die Konkurrenz auf dem Ausbildungsmarkt hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, insbesondere seit sich durch die Einführung von Studiengebühren verstärkt auch AbiturientInnen auf Ausbildungsstellen bewerben. Die VerliererInnen dieser Entwicklung sind die Niedrigstqualifizierten.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert einen branchenübergreifenden zentralen Ausbildungsfonds, in den jedes Unternehmen einen festen Anteil der Bruttolohnsummen einzahlt. Aus diesem Fonds soll ein Großteil der Ausbildungskosten bestritten werden. Dadurch ist das Ausbilden für Unternehmen keine Kostenfrage mehr, stattdessen bieten die Unternehmen auch Ausbildungsplätze an, die tatsächlich dazu bereit sind. Ein solches Modell ist wesentlich flexibler als starre Ausbildungsquoten mit Strafzahlungen bei Nichteinhaltung der Quote. Das Ziel ist es, das Angebot an Ausbildungsplätzen so stark anzuheben, dass nicht nur zahlenmäßig genügend Stellen zur Verfügung stehen, sondern darüber hinaus auch noch eine echte Wahlfreiheit für die BewerberInnen besteht.

Ausbildung inhaltlich verbessern

Neben der Erhöhung von Ausbildungsplätzen bedarf es auch einer Qualitätsverbesserung der gesamten Ausbildung. Die Ernennung von AusbilderInnen durch die Industrie- und Handelskammer ist ungenügend. Wir wollen pädagogisch geschulte AusbilderInnen, die sich ihrer Verantwortung für die berufliche Qualifizierung der Auszubildenden bewusst sind. Auch die Berufsschulen müssen verändert werden, das Berufspflichtschuljahr und die Klassen ohne parallele Ausbildung dürfen nicht als Warteschleifen missbraucht, sondern müssen vielmehr als breit gefächertes Angebot zur ganzheitlichen Bildung des Menschen verstanden und weiter ausgebaut werden. Zudem fordern wir einen leichteren Zugang zur Hochschule nach einer abgeschlossenen

Ausbildung.

Rechte der Azubis stärken!

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert eine angemessene Vergütung für Auszubildende, denn auch in der Ausbildung muss ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben möglich sein. Um Azubis vor Ausbeutung zu schützen, wollen wir unabhängig vom Tarifvertrag eine verbindliche Lohnuntergrenze einführen. Auszubildende dürfen nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden, indem sie in ausbildungsfremden Tätigkeiten beschäftigt werden. Wir wollen die Rechte der Auszubildenden stärken. Es kann nicht sein, dass ihre Vertretung bisher an die Existenz eines Betriebsrats gekoppelt ist. Ebenso wenig akzeptieren wir, dass arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen zwischen Auszubildenden und dem Betrieb nicht vor dem Arbeitsgericht, sondern vor einem Schlichtungsgremium der Industrie- und Handelskammern verhandelt werden. Auszubildende müssen die gleichen Rechte genießen wie andere Angestellte auch!

Hochschule

Hochschulen sind Orte, an denen kreativ, interdisziplinär und ohne einseitige Verwertungsorientierung geforscht und gelehrt wird. Wir wollen Gestaltungsspielräume und Internationalität der Hochschulen stärken, die Zahl der HochschulabsolventInnen steigern und bessere Studienbedingungen schaffen. Das BAföG muss unabhängig von der Situation der Eltern gezahlt werden, das gesamte Studium muss gebührenfrei sein. Wir stehen für demokratisch verfasste Hochschulen, welche die Mitbestimmung von Studierenden, Angestellten und Lehrenden gewährleisten.

Hochschulzugang vereinfachen – Hürden abbauen

Beim Zugang zur Hochschule entscheidet in Deutschland nicht die individuelle Eignung, sondern der soziale Hintergrund des Elternhauses. Bereits heute studieren über 80 Prozent aller Kinder aus AkademikerInnen-Haushalten. Kinder aus bildungsfernen Gesellschaftsschichten besuchen nur zu gut 20 Prozent eine Hochschule. Dafür verantwortlich sind mehrere Faktoren: Zunächst das Bildungssystem selbst, das durch die starke Selektion Kinder von Nicht-AkademikerInnen systematisch benachteiligt und ihnen keine gleichwertigen Chancen einräumt. Daneben fungieren Numerus Clausus (NC), allgemeine Hochschulreife und Fachhochschulreife als zusätzliche Hemmnisse.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert den flächendeckenden Ausbau alternativer Zugangsvoraussetzungen unabhängig von Schulnoten und -abschluss, wie z.B. hochschulinterne Zugangstests, die es auch Menschen mit einer abgeschlossenen Ausbildung ermöglichen, den allgemeinen Hochschulzugang zu erlangen.

Studiengebühren abschaffen!

Studiengebühren sind unsozial und ausgrenzend, wir treten für ein gebührenfreies Studium ein! Nach unserem Verständnis ist Bildung ein Grundrecht, das unabhängig von Verdienst der Eltern und sozialer Herkunft allen zusteht. Teilhabe- und Chancengerechtigkeit werden durch Studiengebühren untergraben. Wir wenden uns gegen alle Formen von Gebühren, ob nachgelagert, in Form von Studienkonten oder Langzeitstudiengebühren.

Studienkredite können keine Lösung sein, denn sie wirken zusätzlich abschreckend. Die Zeiten, in denen AkademikerInnen sorgenfrei in ein bevorstehendes Arbeitsleben geblickt haben, sind längst vorbei. Auch wenn die Arbeitslosenzahlen bei AkademikerInnen niedriger sind als bei Nicht-AkademikerInnen, haben

auch HochschulabsolventInnen häufig eine unsichere Zukunft mit brüchigen Erwerbsbiographien vor sich. Dieses Erwerbsleben mit der Aussicht auf einen riesigen Schuldenberg zu beginnen, schreckt gerade junge Menschen aus bildungsfernen Schichten ab. Die soziale Auslese wird an den Hochschulen so noch verstärkt!

Studium finanzierbar machen für alle

Das Studium darf kein Luxus für sozial Bessergestellte sein. Die GRÜNE JUGEND NRW tritt für ein elternunabhängiges BAföG ein, um allen, unabhängig von der Situation der Eltern, ein Studium zu ermöglichen. Die staatliche Ausbildungsförderung muss so ausgestaltet sein, dass StudentInnen sich in erster Linie auf ihr Studium konzentrieren können und nicht die meiste Zeit mit Nebenjobs verbringen müssen.

Besondere finanzielle Unterstützung brauchen StudentInnen mit Kind. Neben finanziellen Hilfen bedarf es hier besonders einer infrastrukturellen Reform der Hochschulen. Zum einen müssen Kinderbetreuungsangebote ausgebaut werden, zum anderen müssen flexible Zeiteinteilungen möglich werden, ohne dass Eltern dadurch ein Nachteil entsteht.

Hochschulreformen sinnvoll ausgestalten

Wir halten die angestrebte Internationalisierung des Hochschulwesens für einen sinnvollen Schritt in die Zukunft. Trotzdem sehen wir erheblichen Nachbesserungsbedarf bei den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen. In vielen Fällen ist der Stoff der alten Magister- und Diplom-Studiengänge einfach in komprimierter Form in das Bachelorstudium gepresst worden. Diese Verdichtung führt in etlichen Fällen zu Überforderung der Studierenden. Die Anzahl der StudentInnen, die psychologische Hilfe in Anspruch nehmen, ist sprunghaft angestiegen. Auch die angestrebte Reduzierung der AbbrecherInnenquote ist im Großen und Ganzen nicht zu spüren. Zwar hat die stärkere Strukturierung gerade im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften dazu beigetragen, die AbbrecherInnenquote zu reduzieren. In anderen Fächern hat die Verdichtung des Stoffes aber die genau gegenteilige Wirkung erzielt, allen voran an Fachhochschulen. Dort steigen die AbbrecherInnenquoten sogar.

Die angestrebte internationale Vergleichbarkeit ist ebenfalls noch nicht überall gegeben. Der hohe Druck, in sechs Semestern das Bachelorstudium zu absolvieren, führt überdies dazu, dass jegliche Zeitfenster für einen Auslandsaufenthalt im Studium fehlen. Hier müssen dringend flexiblere Lösungen gefunden werden!

Wir fordern außerdem die Masterstudiengänge nicht an einen neuen Bachelor-NC zu koppeln, sondern allen BachelorabsolventInnen die Möglichkeit zum Erwerb eines Masters zu eröffnen. Gleichzeitig muss jedoch auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Bachelor-Abschlüsse steigen, sodass aus dem Bachelor auch eine tatsächliche Berufsperspektive erwächst.

Lehre stärken – Einheit von Forschung und Lehre erhalten

Die Stärkung der Lehre an den Hochschulen ist längst überfällig. In der deutschen Hochschullandschaft gilt auch weiterhin die Prämisse, dass in der Forschung spitze sein muss, wer etwas in der Wissenschaft werden will. Der Irrglaube, dass gute ForscherInnen automatische gute LehrerInnen seien, scheint weit verbreitet zu sein. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert eine didaktische Schulung des Lehrpersonals an den Hochschulen. Der Stellenwert der Wissensvermittlung muss erhöht werden. Wir wenden uns aber klar gegen so genannte Lehrprofessuren. Die Einheit von Forschung und Lehre darf nicht weiter entkoppelt werden! Eine deutlich stärkere Gewichtung der Lehrleistungen bei der Berufung von Professuren wäre eine Alternative zu einer Trennung in einen Lehr- und einen Forschungsbetrieb.

Um die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit auch endlich in den Hochschulen auf allen Ebenen einzulösen, fordern wir eine Quotenregelung bei der Berufung neuer Professuren. Bislang sind nur etwa 16 Prozent aller Lehrstühle mit Frauen besetzt, wir streben auch hier Gleichberechtigung an!

Studentische Mitbestimmung stärken

StudentInnen sind keine KundInnen, sondern gleichberechtigter Teil ihrer Hochschule. Deshalb müssen sie auch in angemessener Form an den Entscheidungen beteiligt werden. Die neu eingeführten Hochschulräte sind ein Schritt in die falsche Richtung! Universitäten und Fachhochschulen brauchen keine undemokratischen Leitungsgremien, sondern paritätisch besetzte Entscheidungsgremien, die sich an den Interessen der StudentInnen, der Wissenschaft, der Lehre und der Forschung orientieren. Was sie nicht brauchen, ist ein Hochschulrat, der die Studierendenschaft als Humankapital versteht und die Hochschule an den Erwartungen der Wirtschaft ausrichten will. Unter Mitbestimmung verstehen wir auch Selbstbestimmung. Die studentische Selbstverwaltung darf nicht beschnitten werden.

Daneben darf auch die Freiheit und marktferne Organisation der Wissenschaft nicht aufgegeben werden. Fächer, die vermeintlich keinen wirtschaftlichen Nutzen haben, sind ebenso wertvoll und erhaltenswert wie Fächer mit einem direkteren Nutzen für die Wirtschaft. In diesem Zusammenhang sehen wir die direkte Förderung von Hochschulen durch die Wirtschaft kritisch. Im Sinne einer freien und selbstbestimmten Hochschule muss der Einfluss der freien Wirtschaft auf die deutsche Bildungslandschaft in klaren Grenzen verlaufen.

II. ÖKOLOGIE

Mensch und Natur

Wir sind von den funktionierenden Ökosystemen auf der Erde abhängig. Durch die lebensfreundlichen Grundlagen der Biosphäre, Atmosphäre und Hydrosphäre konnte sich die Menschheit erst ihre heutige Form der Existenz aufbauen. Wir brauchen die Natur, die Natur aber braucht uns nicht. Übernutzen wir weiterhin die Ressourcen der Erde, zerstören wir unsere natürliche Lebensgrundlage. Wir werden ganze Lebensräume zerstören und viele andere Lebewesen mit in den Tod nehmen.

Umweltschutz und der Erhalt der Natur sind Fragen der Generationengerechtigkeit. Unsere Kinder und Enkel sollen die gleiche Schönheit und Lebensfreundlichkeit des blauen Planeten genießen können wie wir. Die Natur gehört allen Lebewesen und gleichzeitig gehört sie niemandem. Niemand kann Besitzansprüche gegenüber der Erde geltend machen. Die Natur besitzt einen eigenen Wert, unabhängig von dem Wert, den wir ihr aus ökonomischer Sicht zuweisen.

Umweltschutz ist Menschenrecht

Die GRÜNE JUGEND NRW erkennt das Recht auf eine saubere und intakte Umwelt als Menschenrecht an. Ein würdevolles Leben für alle ist nur möglich, wenn wir eine unversehrte Natur gewährleisten können. Umweltverschmutzung und Klimawandel sind Menschenrechtsverletzungen, da sie vielen Menschen die Lebensgrundlage nehmen.

Umweltbildung

Von klein auf muss allen Menschen die Möglichkeit zur Information und Diskussion über Umweltmechanismen und Umweltschutz geboten werden. Im Kindergarten und in der Grundschule muss Umweltbildung ebenso wie in weiterführenden Schulen und Hochschulen ein zentrales Thema werden. Ziel ist dabei auch die Schaffung eines Bewusstseins für nachhaltigen Konsum.

Alles für alle! Aber ökologisch und nachhaltig

Das Konsumverhalten in den Industrieländern muss sich radikal verändern. Wir nehmen zu viel Atmosphäre, zu viel Biomasse, zu viele Ressourcen und zu viel Landfläche in Anspruch. Unser Verbrauch muss sich an der Nachhaltigkeit orientieren. In Deutschland verursacht jede Bürgerin und jeder Bürger durchschnittlich 10 bis 13 Tonnen CO₂ im Jahr, obwohl jeder Mensch weltweit nur durchschnittlich zwei Tonnen Treibhausgasemissionen pro Jahr verursachen dürfte. Umweltschutz ist ohne Konsumverzicht nicht möglich – wir müssen unseren Lebensstil grundsätzlich ändern! Dazu gehören unter anderem eine drastische Reduzierung unseres Fleischkonsums, die Einschränkung des Wasserverbrauchs sowie die Begrenzung von weiten Urlaubsreisen.

Müll vermeiden

Wachsende Abfallberge, insbesondere die giftigen Müllreste auf den Deponien, stellen ein immer größeres Problem dar. Mittels kluger Verpackungs- und Recyclingsysteme müssen wir dafür sorgen, dass Müll optimal wiederverwertet wird – oder gar nicht erst entsteht, denn nicht vorhandener Müll braucht auch keine

Müllverbrennungsanlage!

Umweltverbrauchssteuer

Ziel unserer Steuerpolitik ist es, die Schädigung der Natur, die Ressourcenknappheit sowie die übermäßige Müllproduktion im Preis eines Produktes abzubilden. Umweltfreundliches Verhalten muss sich auszahlen, umweltschädigendes dagegen muss bestraft werden. Wir fordern die komplette Abbildung der ökologischen Kosten in den Preisen über entsprechende Umweltverbrauchssteuern. Die Bemessungsgrundlage sollten dabei zum einen die verbrauchten Ressourcen und zum anderen die im Produktionsprozess emittierten Schadstoffe sein.

Die nationale Umsetzung der ökologischen Steuerpolitik auch für ausländische Produkte kann aber nur der erste Schritt auf dem Weg zur Einführung einer globalen Umweltverbrauchssteuer sein!

Klima und Energie

Der derzeitig verstärkte globale Anstieg der Durchschnittstemperatur auf der Erde ist vom Menschen verursacht. Die Emissionen des Klimagases CO₂ gehen größtenteils auf die Industrieländer zurück, während die armen Länder des Südens den größten Anteil der Folgeschäden zu tragen haben. Klimaschutz ist damit zu einer Frage der globalen sozialen Gerechtigkeit geworden. Zwischenstaatliche Solidarität muss sich etablieren, weshalb die GRÜNE JUGEND NRW eine gute internationale Klimapolitik immer auch als gute Weltinnenpolitik versteht. Statt national beschränkter Sichtweisen brauchen wir die internationale Betrachtung von Umweltfragen – Klimaschutz ist eine globale Aufgabe!

Die Treibhausgase, insbesondere die CO₂-Emissionen, müssen deutlich verringert werden! Andernfalls ist das Ziel, die bereits stattfindende Erwärmung bei zwei Grad zu stoppen bzw. darunter zu halten, völlig utopisch. Realisierbar, aber auch dringend notwendig, ist eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 50 Prozent gegenüber 1990 und um mindestens 80 Prozent bis zum Jahr 2040.

Klimagerechtigkeit

Unser Leitbild einer ökologischen Reform in der internationalen Politik ist das VerursacherInnenprinzip. Die HauptverursacherInnen des Klimawandels müssen auch den Hauptanteil zur Reduktion beitragen und deren Kosten tragen. Dies darf nicht auf Kosten der sozial Schwächeren geschehen. Ohne die aufstrebenden Schwellenländer China, Indien und Brasilien in den internationalen Klimaschutz mit einzubeziehen, wird der Klimawandel jedoch nicht einzudämmen sein.

Die Industrieländer müssen gemäß ihrer Verantwortung die Entwicklungsländer für entstehende Klimaschäden entschädigen. Sie müssen Schwellen- und Entwicklungsländern helfen von Anfang an auf erneuerbare Energien und effiziente Technologien zu setzen. Nur so lässt sich der Wunsch nach Wohlstand mit effektivem Klimaschutz verbinden. Um weltweite Lebensqualität zu ermöglichen, müssen die Industrieländer ihren Ressourcenverbrauch stärker einschränken als die Entwicklungsländer ihre Ressourcennachfrage ausweiten. Die wenigen verbliebenen Ressourcen müssen fair verteilt werden!

Pro-Kopf-Emissionsrecht

Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf den Ausstoß von CO₂ und anderen klimaschädlichen Gasen. Pro Kopf dürften durchschnittlich pro Jahr maximal zwei Tonnen Kohlenstoffdioxid oder das entsprechende Wir-

kungsäquivalent an anderen Treibhausgasen ausgestoßen werden, um den Klimawandel nicht zusätzlich voranzutreiben. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die Einführung eines globalen Zertifikatehandels, der nach dem Pro-Kopf-Emissionsrecht ausgestaltet ist. Demnach bekommt jeder Staat entsprechend seiner EinwohnerInnenzahl eine bestimmte Anzahl an CO₂-Zertifikaten. Diese Zertifikate können an die Industrie- oder andere Staaten weiterversteigert werden. Durch diesen Mechanismus hätten die Schwellen- und Entwicklungsländer die Chance durch eine sparsame Wirtschaft Zertifikate an die emissionsstarken Industrieländer zu verkaufen, welche wiederum einen stärkeren Anreiz zur Einsparung von Emissionen hätten.

Energieeinsparung, Effizienzsteigerung, Energiewende

Ein wesentlicher Teil der Reduktion von Treibhausgasen und Ressourcenverbrauch muss bei der Energieerzeugung stattfinden. Unser ambitioniertes Ziel lässt sich jedoch nur im Dreiklang der E's erreichen: Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Energiewende. Den verschwenderischen Energieverbrauch von heute vollständig durch erneuerbare Energien zu decken, würde eine endlos lange Zeit in Anspruch nehmen. Stattdessen müssen wir mindestens 50 Prozent unseres heutigen Energieverbrauchs durch höhere Effizienz und Einsparungen decken. Deswegen ist die Energiewende auf das Erzielen von Einsparungen und Effizienzsteigerungen angewiesen. Wir müssen für sie ebenso kämpfen, wie für den Ausbau regenerativer Energien. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert eine möglichst dezentrale und kommunal organisierte Energieversorgung, um den BürgerInnen größeren Einfluss auf ihre Energieversorgung zu ermöglichen.

Erneuerbare ausbauen!

Unser Ziel ist es, die benötigte Energie zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu beziehen, sowohl bei der Strom- als auch der Wärmeproduktion. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer staatlichen Förderung für die Produktion erneuerbarer Energien zur Wärmeproduktion. Analog zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das den Anteil der regenerativen Energieträger an der Stromproduktion enorm erhöht hat, muss es eine entsprechende Regelung für „Erneuerbare Wärme“ geben.

Keine Kohle!

Die Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen ist eine Hauptursache der Treibhausgasemissionen und muss so schnell und so stark wie möglich reduziert werden. Der Anteil der Energie aus Braun- und Steinkohle, die klimaschädlichsten Energieträger überhaupt, muss schnellstmöglich verringert, die Subventionen für Braun- und Steinkohle abgebaut werden. Bestehende Kohlekraftwerke müssen abgebaut und durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Auch dürfen staatliche Forschungsgelder nicht länger in die Weiterführung fossiler Energieerzeugung gesteckt werden!

Kein Atom!

Die Atomkraft kann keinen Beitrag zur Lösung des Klimaproblems leisten, zumal sie lediglich 2,3 Prozent zur weltweiten Energieversorgung beiträgt. Ein relevanter Ausbau wäre technisch und wirtschaftlich überhaupt nicht machbar. Je aufwändiger das Uran gefördert werden muss, desto höher steigt der Preis und desto größer werden die Umweltfolgen der Förderung. Wir müssen den Ausstieg aus der Atomenergie so rasch wie möglich vorantreiben. Jeder Tag, den Atomreaktoren länger im Betrieb sind, erhöht die Unmengen an radioaktivem Müll, für deren Lagerung es bis heute kein schlüssiges Konzept gibt. Jeder Tag erhöht auch das Risiko einer nuklearen Katastrophe. Wir müssen gleichzeitig den Klimawandel bekämpfen und aus der Nutzung der Atomenergie aussteigen!

Klimaneutral wohnen

Wir wollen die Städte Deutschlands ökologisch erneuern. HauseigentümerInnen sollten durch Kampagnen und Informationsmaterial sowie durch staatliche Förderung der Altbauersanierung zur Investition in eine ökologische Modernisierung motiviert werden. Passivhäuser und gut gedämmte Alt- und Neubauten müssen zum Standard werden, Genehmigungen für den Neu- oder Umbau von Häusern müssen an strenge und verpflichtende ökologische Auflagen geknüpft werden.

Mobilität

Umweltschutz und Mobilität für alle

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert eine moderne Mobilitätspolitik, die Umweltschutz gewährleistet, indem sie den Ausstoß von CO₂ und Feinstaub reduziert, den Lärm in Städten, an Autobahnen und Flughäfen einschränkt und die Versiegelung von Flächen stoppt. Gleichzeitig muss Mobilität weiterhin für alle möglich sein. Wir setzen deshalb auf einen kostenlosen öffentlichen Nah- und Fernverkehr und wollen FußgängerInnen und RadfahrerInnen in den Städten mehr Raum bieten.

Individualverkehr eindämmen

Der starke Autoverkehr hat zahlreiche negative Auswirkungen, denen die Verkehrspolitik bisher nicht annähernd Rechnung trägt. Eines der gravierendsten Probleme dabei ist der hohe CO₂-Ausstoß, denn der gesamte Verkehrssektor verursacht heute etwa ein Fünftel der deutschen Gesamtemission. Um das Ziel einer Senkung des Ausstoßes zu erreichen, muss auch der Straßenverkehr eingedämmt werden. Vor allem innerstädtisch hat das Autofahren zahlreiche weitere negative Auswirkungen: Es erhöht die Konzentration von gesundheitsschädlichem Feinstaub, verursacht gesundheitsschädigenden Lärm und verdrängt FußgängerInnen, spielende Kinder – das gesamte öffentliche Leben – von der Straße.

Die GRÜNE JUGEND NRW setzt sich für verkehrsberuhigte Innenstädte und autofreie Zonen in Wohngebieten sowie schärfere Geschwindigkeitsbegrenzungen in den Städten ein. Besonders in stark befahrenen Städten ist die Einführung einer City-Maut sinnvoll, um den Autoverkehr einzudämmen. Gleichzeitig sollen FußgängerInnen- und Radwege ausgebaut werden, um eine Alternative zu kurzen Autofahrten innerhalb der Stadt zu bieten. Auch Car-Sharing-Angebote können dazu beitragen, die Anzahl der Privatfahrzeuge zu reduzieren.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert eine einheitliche Geschwindigkeitsbegrenzung auf 120 km/h für Autobahnen, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und AutoherstellerInnen dazu zu bewegen, statt PS-starke Maschinen intelligente Spritsparer zu bauen. Einer Autobahnmaut stehen wir kritisch gegenüber, da sie lediglich den Fernverkehr auf die Landstraßen verdrängen wird. Wir sprechen uns stattdessen für eine Reduzierung des Gütertransports auf der Straße und für eine Umlagerung auf die Schiene aus.

ÖPNV ausbauen

Ohne einen flächendeckenden und kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wird es kaum gelingen, den Autoverkehr einzudämmen. Besonders für Menschen ohne Auto – Jugendliche, ältere Menschen, GeringverdienerInnen und Arbeitslose – ist der ÖPNV oft die einzige Möglichkeit, sich fortzubewegen und damit auch am öffentlichen Leben teilzunehmen. Die Stärkung von Bus und Bahn ist deshalb auch immer soziale Infrastrukturpolitik.

Bis zur vollständig kostenlosen Nutzung des ÖPNV muss es für GeringverdienerInnen und Arbeitslose ebenso wie für SchülerInnen, StudentInnen und RentnerInnen flächendeckend ermäßigte Tickets geben. Zudem muss das derzeitige Angebot ausgeweitet werden: Es müssen auch unter der Woche Nachtbusse fahren, auch kleinere und weit abgelegene Orte müssen besser angebunden werden, um den BewohnerInnen Mobilität ohne Auto zu ermöglichen.

Keine Subvention des Flugverkehrs!

Fliegen ist so günstig wie nie. Die so genannten Billigflieger machen es möglich, auch für kurze Zeit in die Ferne zu reisen – mit fatalen ökologischen Folgen: Das Reisen mit dem Flugzeug ist unglaublich energieintensiv. Dazu kommt, dass der Ausstoß von Klimagasen in höheren Luftschichten der Atmosphäre noch klimaschädlicher ist als auf dem Boden.

Gerade für Kurzstreckenflüge sind Reisebusse und die Bahn eine sinnvolle Alternative. Jedoch mangelt es noch an Hochgeschwindigkeitsstrecken im Zugverkehr, um Kurzstreckenflüge vollkommen überflüssig zu machen. Doch solange Kerosin unbesteuert bleibt – eine Form der Flugsubvention, da für alle anderen Treibstoffe Steuern erhoben werden – können diese umweltfreundlichen Transportmittel nicht in Konkurrenz mit dem Flugzeug treten. Wir fordern deshalb die Ausweitung der Besteuerung auch auf Flugkerosin. Des Weiteren fordern wir einen sofortigen Ausbaustopp der Flughäfen, um der Expansion der Flugindustrie entgegenzutreten, und den gesundheitsschädigenden Lärm für AnwohnerInnen und Tiere einzudämmen.

Naturschutz und Biodiversität

Der Schutz der Biodiversität ist eine unserer großen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Wer die Biodiversität schützen will, muss wirksame Maßnahmen für den Schutz der Lebensräume, insbesondere der Meere, Ozeane und Wälder, sowie des Bodens, der Luft und des Wassers und der Stabilität des Klimas ergreifen. Auch bei der Umsetzung der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls müssen die Biodiversitätsaspekte berücksichtigt werden. Die Existenz jeder Tier- und Pflanzenart ist schützenswert, unabhängig von ihrer Nützlichkeit oder Schädlichkeit für den Menschen. Wir haben kein Recht die Ökosysteme zu zerstören oder Arten unwiederbringlich auszurotten. Die Vielfalt ist eng mit dem Leben verknüpft – Biodiversität macht Leben erst möglich. Um die Intaktheit komplexer Ökosysteme zu gewährleisten, sind internationale Zusammenarbeit und strenge internationale Abkommen wichtig, die Natur kennt keine Ländergrenzen. Besonders das Meer muss als Lebensgrundlage vieler Millionen Pflanzen, Tiere und Menschen sowie seiner Bedeutung für das Klima durch verbindliche internationale Abkommen mit klaren Sanktionen besser geschützt werden.

Flüsse und Menschen schützen

Überall in Deutschland wurden und werden noch natürliche Flussläufe begradigt und umgebaut, nicht nur um sie für den Schiffsverkehr zugänglich zu machen, sondern diesen auch noch zu beschleunigen. Viele Tier- und Pflanzenarten verlieren so für immer ihren Lebensraum. Außerdem steigt die Gefahr von Überschwemmungen. Bewachsene Ufer und ursprüngliche Flussläufe bieten hier einen natürlichen Schutz. Wir fordern ein Verbot von weiteren Flussbegradigungen und langfristig einen Renaturierungsplan für geeignete und vom Hochwasser besonders gefährdete Flussgebiete. In diesem Zusammenhang sollen künftig auch Wasserkraftwerke höhere ökologische Standards erfüllen.

Effektiver Naturschutz geht besser

Trotz gegebener Umweltbestimmungen sind in Europa noch immer viele Tier- und Pflanzenarten in ihrem Bestand gefährdet. Zwar existieren einige Naturschutzgebiete, jedoch sind diese oft zu klein, um einen Artenfortbestand zu garantieren. Deshalb fordern wir grundsätzlich eine Ausweitung der Naturschutzgebiete! Dabei muss sichergestellt sein, dass möglichst große, zusammenhängende Wildflächen entstehen.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, dass der ökologische Faktor in Zukunft bei allen Bauprojekten eine stärkere Berücksichtigung findet. Im Zweifelsfall muss der Erhalt der Natur vor kurzfristige, wirtschaftliche Interessen gestellt werden.

Landwirtschaft, Gentechnik und Ernährung

Die globale Ernährungssituation ist von Ungerechtigkeiten geprägt: In den Industrieländern herrscht ein krasser Überfluss an Nahrungsmitteln, zudem sind Übergewicht und ernährungsbedingte Krankheiten weit verbreitet. In den Entwicklungsländern dagegen grassieren extreme Armut und Mangelernährung. Diese Missstände sind aber nicht auf einen globalen Mangel an Nahrungsmitteln, sondern auf ihre ungerechte Verteilung zurückzuführen. In weiten Teilen der Erde verursacht die Nahrungsproduktion zudem enorme Umweltschäden: Ausstoß von Treibhausgasen, Rodung von Urwäldern, Übernutzung der Böden. Nur eine deutliche Veränderung in der globalen Landwirtschaftspolitik und eine Umstellung der Konsumgewohnheiten in den Industrieländern können die Entwicklung des Hungers und der Umweltzerstörung stoppen – die von Nahrungsmittelkonzernen viel gepriesene Gentechnik hingegen verschärft die Problematiken noch.

Landwirtschaft – bitte biologisch

Die moderne Landwirtschaft mit ihrer industriellen Massenproduktion ist für viele ökologische Probleme (mit-)verantwortlich. Felder werden überdüngt und damit Boden und Grundwasser verseucht, Urwälder werden gerodet, um für Futtermittelanbau Platz zu schaffen, riesige Monokulturen verdrängen die Artenvielfalt. Die daraus resultierenden Produkte sind mit Pestiziden, Antibiotika und Chemikalien belastet. Anstatt Anreize zu einer nachhaltigen Landwirtschaft zu setzen, fördern die EU-Agrarsubventionen diese überholte Produktionsweisen noch und sorgen zudem dafür, dass die Märkte der Entwicklungsländer mit billigen europäischen Produkten überschwemmt und lokale AnbieterInnen vom Markt verdrängt werden. Diese entwicklungs- und umweltschädliche Verschwendung von Geldern muss endlich ein Ende haben.

Stattdessen fordern wir die konsequente Förderung der biologischen Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur und im Respekt zu allen Lebewesen gesunde Produkte ohne Pestizide und Antibiotika herstellt. LandwirtInnen müssen verstärkt Anreize zur Umstellung geboten werden. Das deutsche Biosiegel ist ein großer Erfolg, da es KonsumentInnen bei der Entscheidung für artgerechte, umweltschonende und gesunde Produkte unterstützt. Wir begrüßen eine Ausweitung auf ein EU-Siegel, das jedoch nicht mit einer Lockerung der Kriterien insbesondere in Richtung Gentechnik einhergehen darf. Das Ziel der GRÜNEN JUGEND NRW ist 100 Prozent Biolandwirtschaft!

Doch die biologische Vielfalt in der Landwirtschaft ist stark rückläufig. Die Ernährung der Weltbevölkerung hängt an immer weniger Arten, Sorten und Rassen. Die rein auf hohen Ertrag ausgerichtete Landwirtschaft hat ihre Nebenwirkungen lange Zeit ausgeblendet. Sie ist weder ökologisch, noch ökonomisch oder sozial nachhaltig. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert eine ökologische Landwirtschaft, in der die LandwirtInnen ihre handwerklichen Fähigkeiten, die Vielzahl der Kultursorten und -rassen, die moderne Technik und Wissen über ökologische Zusammenhänge nutzen, um standortangepasst mit den Abläufen in der Natur zu wirt-

schaften, anstatt gegen sie zu kämpfen.

Wir müssen auch in der Landwirtschaft die Gerechtigkeitsfrage stellen, sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene. Wir müssen einen Weg finden, der das Einkommensproblem der LandwirtInnen entschärft, anstatt die Ungleichheiten zu verstärken, wie die bisherige Subventionspolitik es tut. Mittelfristig müssen Betriebe, die nicht nach Bio-Richtlinie arbeiten wollen, den Abgrenzungsaufwand zu Biobetrieben tragen.

Für gesunde Ernährung und VerbraucherInnenenschutz

Ohne einen Wechsel des Konsumverhaltens ist der Umschwung zu einer biologischen Landwirtschaft nicht zu schaffen. Insbesondere den enormen Hunger der Industrieländer auf Fleisch und Fisch können biologische Produktionsweisen nicht stillen. Beim Anbau der Futtermittel wird häufig auf genmanipulierte „Superpflanzen“ zurückgegriffen, außerdem wird wertvoller Regenwald zerstört, um Anbauflächen zu schaffen. Die industrielle Massentierhaltung ist schlicht Tierquälerei und mit ethischen Prinzipien nicht vereinbar. Biologische Landwirtschaft und Ernährung muss deshalb auch die Reduktion des Fleischkonsums bedeuten. Das gleiche gilt für den Fischverzehr: Viele Meeresgründe sind schon leer gefischt, die riesigen Fischereischiffe zerstören das sensible Gleichgewicht der Meere. Aus diesen Gründen wirbt die GRÜNE JUGEND NRW für eine vegetarische und vegane Ernährung.

Nicht nur global ist gesunde Ernährung eine Frage von Reich und Arm – das gleiche gilt in Deutschland. Gesunde, biologische Ernährung darf kein Privileg der Reichen sein: Die Berechnung der staatlichen Sozialleistungen muss höhere Kosten für gesunde Lebensmittel einplanen, in den Schulen, Betrieben und Universitäten muss es gesunde und kostengünstige Verpflegung in den Mensen geben! Zudem müssen transparente und einfach verständliche Informationen über Inhaltsstoffe, deren Herkunft und die Verarbeitung für alle VerbraucherInnen zugänglich gemacht werden. Nur wer über die verschiedenen Alternativen Bescheid weiß, kann mündig entscheiden. VerbraucherInnenenschutz ist ein wichtiger Schritt hin zu gesünderer und umweltbewusster Ernährung und Konsum.

Gentechnik – nein danke

Die GRÜNE JUGEND NRW lehnt den Anbau von gentechnisch manipuliertem Saatgut entschieden ab. Entgegen den Beteuerungen von Saatgutkonzernen hat die Verbreitung der so genannten „grünen Gentechnik“ verheerende Folgen für Umwelt und Menschen, vor allem für jene in den Entwicklungsländern.

Die große Schwäche der gentechnisch manipulierten Pflanzen ist die Kontaminationsgefahr der Umwelt, in der sie angebaut, geerntet und verarbeitet werden. Die Folgen der Kreuzung mit anderen Pflanzen sowie des Verzehrs durch Mensch und Tier sind ungeklärt, ebenso die Haftungsfrage bei Kontamination eines Nachbarfeldes. Trotz der möglichen Gefahr für das ökologische Gleichgewicht und die Gesundheit der KonsumentInnen wird genmanipuliertes Saatgut besonders für Futtermittel weiterhin im großen Stile angebaut. Anders als Produkte, die direkt gentechnisch veränderte Organismen enthalten, müssen Produkte von Tieren, die mit solchem Futter versorgt werden, bisher nicht gekennzeichnet werden. Das ist eine unhaltbare Missachtung der VerbraucherInnenrechte, die hier hinter die Profitinteressen der Saatgutkonzerne zurückgestellt werden.

ProduzentInnen von Saatgut rechtfertigen ihre neuen „Superpflanzen“ oft mit dem Argument, dass so der Hunger der Welt überwunden werden könnte. Doch das Gegenteil ist der Fall: Durch Patent- und Nutzungsregelungen schaffen die Konzerne ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen Saatgutkonzernen und den LandwirtInnen. Diese verlieren jegliche Autonomie, da sie jedes Jahr neues Saatgut kaufen müssen. Zudem ent-

stehen riesige Monokulturen, welche die natürlichen Umweltschätze zerstören. Hunger ist kein Problem der Quantität, sondern der ungerechten Verteilung und lässt sich deshalb auch nicht mit scheinbar ertragreicheren Pflanzen lösen!

Die GRÜNE JUGEND NRW lehnt gentechnisch veränderte Organismen (GVO) für die Forst- und Landwirtschaft ab. Einmal in die Natur gelassen, ist die Gentechnik nicht rückholbar. Die effektivsten Haftungs- und Abstandsrichtlinien können dies nicht verhindern. Wir sprechen uns deshalb für ein vollständiges Verbot von GMO aus. Ebenso fordern wir die so genannte Terminator-Technologie zu verbieten. Die Samen dieses Saatguts sind nicht mehr keimfähig und verhindern die Aussaat von selbst geerntetem Saatgut. LandwirtInnen werden somit abhängig vom Nachkauf des Saatgutes. Diese Technologie ist ein Angriff auf die bäuerlichen Rechte, untergräbt die Ernährungssouveränität und gefährdet die Ernährungssicherheit.

Energie vom Acker

Neben Nahrungs- und Futtermitteln werden zunehmend auch Energiepflanzen angebaut, die vor allem zu Agrosprit verarbeitet werden. Prinzipiell ist die Idee der klimaneutralen Bilanz zu begrüßen, denn bei der Verbrennung dieses Sprits werden nur so viele klimaschädliche Gase freigesetzt, wie vorher bei der Photosynthese aufgenommen wurden. Die Energie vom Acker zieht aber zahlreiche Probleme nach sich: Es entstehen riesige Monokulturen, für die teilweise Tropenwälder abgeholzt und gentechnisch manipulierte Pflanzen verwendet werden. Die Nachfrage nach Treibstoffen aus Mais oder Weizen lässt die Preise für diese Nahrungsmittel steigen, sodass sie für Menschen in den Entwicklungsländern unbezahlbar werden. Der Energiehunger der Industrienationen ist so wiederum für den Hunger in anderen Regionen der Welt verantwortlich. Biotreibstoffe lenken von der Hauptaufgabe ab, den Individualverkehr einzudämmen und die Energieeffizienz zu steigern. Deshalb muss Bioenergie vor allem aus Abfallstoffen, etwa Gülle oder Holzresten, gewonnen und zur gekoppelten Strom- und Wärmeproduktion genutzt werden.

III. WIRTSCHAFT UND SOZIALES

Einführung

Wirtschaft soll einen Raum für Selbstentfaltung, für das Ausleben kreativen Potenzials und die Erfüllung eigener Wünsche und Bedürfnisse bieten. Der wirtschaftliche Erfolg der letzten beiden Jahrhunderte hat uns erst den Wohlstand ermöglicht, in dem wir heute leben. Allerdings überschreiten wir mit unserer Art des Wirtschaftens und Konsumierens schon seit geraumer Zeit drastisch natürliche Grenzen. Wir sichern unseren Lebensstandard auf Kosten der Ökosysteme, der internationalen Gerechtigkeit und der nachfolgenden Generationen. Ökologische Nachhaltigkeit, demokratische Mitbestimmung, soziale Verantwortung und individuelle Selbstbestimmung müssen die Grundpfeiler wirtschaftlichen Handelns sein.

Staat und Markt

Die soziale Marktwirtschaft als Grundlage unseres heutigen Wirtschaftssystems ist deshalb für uns keine heilige Kuh, kein allgemeingültiges Leitbild. Märkte können ein effizientes Instrument sein, um Waren und Dienstleistungen zu organisieren, sie ermöglichen Innovationen sowie eine dezentrale Art zu wirtschaften und verhindern so staatlichen Zentralismus. Doch Märkte sind für uns weder Selbstzweck noch Allheilmittel. Der Marktmechanismus als so oft beschworene „unsichtbare Hand“ ignoriert einige wichtige Aspekte: Er kümmert sich weder um ökologische Verträglichkeit noch um gerechte Verteilung. In vielen Fällen bedürfen Märkte deshalb einer starken Kontrolle durch staatliche Institutionen, welche die negativen Auswirkungen, Marktversagen und die Ausnutzung von Marktmacht regulieren.

Wir wollen den Staat nicht auf eine NachwächterInnenfunktion beschränken, sondern setzen uns für einen aktiven und handlungsfähigen Staat ein, der für wirtschaftliche Stabilität, soziale Sicherung und gerechte Verteilung sorgt.

Entgegen der Marktideologie anderer Parteien und Verbände gibt es für uns kein Primat der Ökonomie oder des Marktes. Wir wollen die markt- und effizienzorientierte Betrachtungsweise nicht auf alle Bereiche des Lebens ausdehnen, geht es um Themen wie Kultur oder Bildung ist die Übertragung der Wirtschaftsprinzipien oft schädlich.

Wohlstand ist mehr als Konsum

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als zentrales Wohlstandsmaß ist überholt, denn bei der Berechnung des BIP werden weder ökologische und soziale Folgekosten noch unentgeltliche und gemeinschaftliche Werte berücksichtigt. Wachstum in umweltschädlichen Bereichen trägt nicht zum Wohlstand bei, im Gegenteil: es gefährdet ihn. Der gesellschaftliche Wohlstand kann nicht an der Zunahme von materiellen Gütern gemessen werden, denn kulturelle und gemeinschaftliche Werte sind für eine Gesellschaft von mindestens so zentraler Bedeutung.

Die GRÜNE JUGEND NRW ist ein wachstums- und konsumkritischer Verband. Wir brauchen ein neues Wohlstandsmaß, Wachstum und Konsum müssen neu definiert werden. So zentral der Konsum für die wirtschaftliche Entwicklung ist, so bedeutend ist Wachstum für den Fortschritt einer Gesellschaft. Wir setzen auf das Wachstum in ökologischen Bereichen, im ressourcenarmen Dienstleistungssektor oder bei der Umstel-

lung auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Wir wollen das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln.

International und weltoffen

Trotz der zunehmenden Konkurrenz aus anderen Ländern profitiert Deutschland deutlich von der wirtschaftlichen Globalisierung. Wir sehen uns als Teil der globalisierungskritischen Bewegung, die sich mit Vehemenz für eine gerechte, soziale und weltoffene internationale Wirtschaft einsetzt. Eine auf Abschottung und Besitzstandswahrung gerichtete Wirtschaftspolitik als Konsequenz daraus wäre allerdings genau der falsche Schritt – ein Schritt zurück in die Vergangenheit. Wir lehnen die Globalisierung nicht ab, wir wollen sie sozial und nachhaltig gestalten!

Ökologisch nachhaltig wirtschaften

Wirtschaftliches Handeln muss sich an der ökologischen Verträglichkeit orientieren. Öffentlichkeitswirksame PR-Methoden, mit denen Unternehmen versuchen sich einen grünen Anstrich zu geben, reichen nicht aus. Wir brauchen eine grundlegende Änderung der Arbeitsabläufe und Produktionsbedingungen. Eine Wirtschaftsweise zulasten unserer Umwelt hat keine Zukunft, umweltschonendes Verhalten ist auch im Interesse der Unternehmen. Deshalb ist es nur folgerichtig, wenn sie sich über die gesetzlichen Regelungen hinaus für soziale und ökologische Belange einsetzen.

Schöne Worte, freiwillige Selbstverpflichtungen und einvernehmliche Umweltpakte zwischen Wirtschaft und Politik reichen jedoch bei weitem nicht, um effektiv und schnell gegen Umweltverschmutzung und Klimawandel vorzugehen. Wir setzen auf eine Mischung aus Anreizen in Form einer umfassenden ökologischen Steuerreform, die umwelt- und klimaschädigendes Verhalten finanziell belastet, und gesetzlichen Vorgaben wie bei der Top-Runner-Regelung. So werden Umwelt- und Klimaschutz finanziell attraktiv und umweltschädliche Produkte aus dem Markt verdrängt. Niemandem ist geholfen, wenn Unternehmen lediglich für ihre Umweltsünden zahlen, sich aber an ihrer Ökobilanz nichts ändert – die Wirtschaft muss unverzüglich auf eine nachhaltige Produktionsweise umstellen!

Was ist Arbeit? Was ist Leben?

Arbeit wird durchgängig auf bezahlte Erwerbsarbeit reduziert. Dabei sind ehrenamtliches Engagement, Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen und Bekannten wichtige Aufgaben. Allen voran die Pflege von älteren Verwandten wird zukünftig noch an Bedeutung gewinnen. Unser Arbeitsbegriff ist weiter gefasst: Arbeit ist Tätigkeit, nicht reiner Gelderwerb. Arbeit kann und soll zur individuellen Entfaltung beitragen!

Tätigkeiten fern der heutigen Erwerbsarbeit müssen gesellschaftlich stärker honoriert und gewürdigt werden, denn sie stellen wertvolle Beiträge für die gesamte Gesellschaft dar. Allerdings dürfen dabei keine staatlichen Aufgaben auf ehrenamtlich Tätige abgeschoben werden. Unser Ziel ist die Schaffung eines positiven gesellschaftlichen Klimas für die Ausführung von Ehrenämtern.

Eng verbunden mit dem Zwang zur Erwerbsarbeit ist die soziale Ächtung von Arbeitslosen. Dabei ist die ungleiche Verteilung von Arbeit ein gesamtgesellschaftliches Problem, das jeder und jedem widerfahren kann. Das Ziel der Arbeitsmarktpolitik muss die Schaffung von neuen und die faire Verteilung von bestehenden Arbeitsplätzen sein. Wir wollen eine Debatte über die gerechte Verteilung von Arbeit anstoßen – wie kann es sein, dass Millionen Beschäftigte Überstunden leisten, während es noch immer mehrere Millionen Arbeitslo-

se gibt? Was wir nicht wollen, ist Vollbeschäftigung um jeden Preis: Menschen dürfen nicht des Arbeitens wegen zu prekären Beschäftigungsverhältnissen und sinnloser Arbeit gezwungen werden.

Arbeitszeit ist Lebenszeit

Eine Arbeitswelt, die sich nur am Streben nach beruflicher Anerkennung orientiert, keine Fehlzeiten akzeptiert und systematisch Angestellte zu Überstunden drängt, erzeugt einen immer stärkeren Druck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Seit einigen Jahren verstärkt sich dieser Trend, verbunden mit einer Zunahme an psychisch bedingten Krankheiten. Auch bei jungen Menschen werden vermehrt stressbedingte Burnouts, Schlafstörungen oder ähnliche Krankheitsbilder diagnostiziert. Damit verbunden ist der Rückzug aus dem aktiven gesellschaftlichen Leben – eine fatale Entwicklung für die Zivilgesellschaft!

Arbeit muss immer lebenswert gestaltet sein. Insbesondere muss es Möglichkeiten zur Vereinbarung von Berufs- und Privatleben geben. Wir unterstützen Modelle zur verstärkten Teil- und Gleitzeit ebenso wie wir so genannte Sabbatjahre und Lebensarbeitszeitkonten fördern wollen. Insgesamt treten wir für eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeiten ein, was mitnichten den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten bedeutet. Unser Ziel ist die möglichst selbstbestimmte Arbeit, denn jede Person soll in Absprache dort und dann arbeiten können, wo und wann sie will.

ArbeitnehmerInnenrechte schützen

Es gibt weder „die gute“ noch „die schlechte“ Arbeit, es gibt jedoch Arbeit zu schlechten arbeitsrechtlichen und finanziellen Bedingungen. Allen voran der Kündigungsschutz steht regelmäßig im Kreuzfeuer der wirtschaftsliberalen Parteien. Dabei ist ein Zusammenhang zwischen Kündigungsschutz und Arbeitslosigkeit nicht erkennbar. Ein weiteres Problem ist die starke Zunahme von befristeten Stellen – wir streiten deshalb für einen starken, gesetzlich verankerten Kündigungsschutz und gesetzliche Regelungen, welche die Befristung von Arbeitsstellen nur erlauben, wenn diese beispielsweise wegen eines zeitlich befristeten Projektes erforderlich ist.

Wir unterstützen die gewerkschaftliche Forderung nach einem einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, welcher über dem Existenzminimum liegen muss. Nur so kann Lohndrückerei im Niedriglohnbereich effektiv verhindert werden. Zudem hat ein Mindestlohn positive Effekte auf die Einkommensverteilung in Deutschland und macht es für Unternehmen attraktiver auch in die Qualifizierung von NiedrigverdienerInnen zu investieren.

Gleiche Arbeit? Gleicher Lohn!

Die letzten Jahre haben zu einem massiven Anstieg von Zeit- und Leiharbeit geführt. Dabei verdienen LeiharbeiterInnen in der Regel deutlich weniger als Festangestellte, was nicht nur zu Unstimmigkeiten im Betrieb führt. Wir fordern die gleiche Entlohnung von Festangestellten und LeiharbeiterInnen bei gleicher Arbeit. Zeitarbeit darf nicht zur Regelbeschäftigungsform werden, um den Kündigungsschutz zu umgehen. Durch die gleiche Bezahlung würde Zeitarbeit deutlich teurer und nur noch nachgefragt, wenn es tatsächlich notwendig ist, zum Beispiel um kurzfristige Engpässe und Ausfälle zu ersetzen.

Geschlechtergerechte Wirtschaft!

Noch immer erhalten Frauen für die gleiche Arbeit weit weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen. Wir fordern gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit!

Zwar hat sich die Anzahl der erwerbstätigen Frauen in den letzten vierzig Jahren fast verdoppelt, jedoch werden nur ein Zehntel der Unternehmen von Frauen geleitet, obwohl es nicht an qualifizierten Frauen mangelt. Wir befürworten deshalb die Einführung einer verpflichtenden Frauenquote in den Vorständen und Aufsichtsräten der börsennotierten Unternehmen. Mindestens die Hälfte der Plätze muss mit Frauen besetzt werden!

Obwohl sich das ZweiverdienerInnenmodell mittlerweile gefestigt hat, sind es immer noch vor allem Frauen, die neben dem Beruf für die Kindererziehung, den Haushalt und die Betreuung von Angehörigen verantwortlich sind. Dies führt zu einer Mehrfachbelastung. Reproduktive Arbeiten, also zum Beispiel Arbeits- und Erziehungsstätigkeiten, müssen endlich von der Gesellschaft anerkannt und auf alle Schultern, von Frauen und Männern, verteilt werden!

Ein zentrales Problem der Gleichberechtigung im Arbeitsleben liegt bereits in der Schule, denn schon dort werden durch die Berufsberatung und durch Praktika die klassischen Rollenbilder ins Berufsleben fortgesetzt. Es gibt keine Männer- und keine Frauenberufe, ein Mann kann ebenso Erzieher oder Krankenpfleger sein, wie eine Frau Maschinenbauerin oder Vorstandsvorsitzende. Die rollengeprägte Berufsberatung muss ein Ende haben! Wir wollen, dass Jugendliche bei der Berufsberatung dazu ermuntert werden, auch vermeintlich geschlechtsfremde Berufe zu ergreifen. Neben der Aufklärungsarbeit in der Schule, durch die klassische Rollenbilder hinterfragt und aufgeweicht werden können, müssen auch spezielle Förderprogramme, wie zum Beispiel Gendertrainings, in die Berufsberatung integriert werden.

Nie wieder Generation Praktikum

Eine weitere Form der Ausbeutung, die allen voran Hochqualifizierte in den letzten Jahren verstärkt widerfährt, ist die des unbezahlten Praktikums. Teilweise wird dabei über Monate hinweg zu allerniedrigsten Konditionen oder ganz ohne Bezahlung Vollzeitarbeit geleistet – Lerneffekt oder Zusatzqualifikation: Fehlanzeige. Die Generation Praktikum muss der Vergangenheit angehören, wir wollen deshalb das entgeltfreie Praktikum verbieten und eine Mindestbezahlung für Praktika einführen! Jede Arbeit hat ihren Wert!

Kreatives UnternehmerInnentum

Nicht zuletzt der enorme Boom der letzten Jahre mit nachhaltigem, sozialem und ökologischem UnternehmerInnentum hat gezeigt, dass unternehmerisches Handeln auch unter ökologischen Gesichtspunkten positiv sein kann. Wir wollen deshalb den Schritt in die Selbstständigkeit mit entsprechenden Förderprogrammen und Beratungsangeboten unterstützen. Ein zentrales Problem für viele Selbstständige ist die soziale Absicherung. Hier wollen wir mit der BürgerInnenversicherung einen umfassenden Schutz bieten.

Trotz der negativen Erfahrung mit der so genannten Scheinselbstständigkeit ist die Arbeit als FreiberuflerIn für uns eine der Arbeitsformen der Zukunft – wenn sie denn freiwillig erfolgt.

Wissen schafft Arbeit

Angesichts der weltweiten Entwicklung wird sich Deutschland zukünftig noch stärker als bisher anstatt als Industriestandort durch wissensbasierte Technologien auszeichnen. Wir wollen diese Entwicklung unterstützen, so richten wir unsere Wirtschaftspolitik nicht auf große Industrieunternehmen aus, sondern auf moderne DienstleistungsanbieterInnen – ihnen gehört die Zukunft. Dabei hat die grüne Politik darauf zu achten, dass

dieser Prozess nicht zu einer Kolonialisierung der Entwicklungs- und Schwellenländer führt. Eine Wirtschaftspolitik, welche zwar Deutschland in einen sauberen, industriefreien Standort verwandelt, dafür aber unsere emissionsreichen Industrien in die dritte Welt abschiebt, lehnen wir entschieden ab. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass die emissionsreichen Industrien zu sauberen werden. Umso härter wirkt sich der so genannte Brain Drain aus. Der Grund für den Wegzug von besonders gut ausgebildeten ArbeitnehmerInnen liegt aber nicht im Steuersystem. In erster Linie entscheiden die Forschungs- und Arbeitsbedingungen sowie die Verdienstmöglichkeiten vor Ort darüber, wo es für Hochqualifizierte attraktiv ist zu arbeiten. Unser Augenmerk liegt deshalb auf der Schaffung eines möglichst guten Arbeitsumfeldes.

Bildung als Schlüssel

Gerade in hochtechnologisierten Volkswirtschaften wird es für Niedrig- und Geringqualifizierte zunehmend schwieriger an fair bezahlte Arbeit zu gelangen. Diesem Effekt muss bereits in der Ausbildungsphase mit einer generellen Qualitätssteigerung in Kindergärten, Schulen und Hochschulen entgegengewirkt werden. Es gibt kein besseres Mittel gegen Langzeitarbeitslosigkeit als ein gutes Bildungssystem.

Ab ins digitale Zeitalter

Unser Weg zur Wissensgesellschaft hat uns mitten ins digitale Zeitalter geschleudert, jedoch ist in der Politik davon bisher noch nicht viel angekommen. Besonders wichtig erscheint uns eine Modernisierung des Patent- und UrheberInnenrechts. Dabei setzen wir auf die Verbreitung alternativer Lizenzen wie Creative Commons oder auch die Lizenzen für freie Software.

Die größte Gefahr für die Zukunft des Wissens liegt im derzeitigen Patentrecht, denn Patente wirken sich regelmäßig wettbewerbsverzerrend aus und vergrößern massiv globale Ungerechtigkeiten. Wir sprechen uns dabei nicht pauschal gegen Patente aus. Unter anderem Softwarepatente sind jedoch ein großes Übel und noch drastischer sind die Auswirkungen bei der Patentierung von Medikamenten gegen Krankheiten, wie zum Beispiel Malaria. Für die GRÜNE JUGEND NRW gilt der Grundsatz „Gesundheit vor Patentrecht“. Wir setzen uns deshalb für ein System ein, in dem durch einen staatlich finanzierten Fonds gewisse Grundlagenforschung, besonders im Kampf gegen die momentan verheerendsten Krankheiten und für den Schutz ökologischer Systeme, vorangetrieben bzw. allen kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Gegen Zwangsmitgliedschaften – IHK abschaffen!

Wer heute ein Unternehmen gründet, ist meistens zur Mitgliedschaft in der regionalen Industrie- und Handelskammer (IHK) verpflichtet. Die Kammern sollen die Unternehmen zum einen durch gezielte Förderungsangebote unterstützen und zum anderen nehmen sie einige staatliche Aufgaben wahr, so sind sie beispielsweise zuständig für die betriebliche Ausbildung. Häufig vertreten die IHKs und speziell der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) als Dachorganisation allerdings keineswegs die Interessen aller ihrer Mitglieder, sondern entpuppen sich als Lobbyorganisation von Energiekonzernen und Großindustrie. Wir fordern deshalb die Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft und die Abschaffung der IHK! Jede Unternehmerin und jeder Unternehmer soll selbst entscheiden können, wer die Interessensvertretung übernehmen soll.

Sozialstaat reformieren – BürgerInnenversicherung einführen!

Das heutige Sozialsystem ist in Arbeitslosen-, Gesundheits- und Rentenversicherung sowie die staatliche Existenzsicherung gegliedert. Das ist nicht nur unübersichtlich, sondern in vielen Fällen auch ungerecht. Die

Sozialleistungen über Sozialabgaben vom Lohn zu erheben, lässt allen voran Besserverdienende, Beamte und Selbstständige außen vor – am stärksten belastet werden Gering- und DurchschnittsverdienerInnen. Wir wollen diese Ungerechtigkeit aufheben, indem wir sämtliche staatliche Sozialleistungen in einer rein über Steuern finanzierten BürgerInnenversicherung zusammenführen. Alle Bürgerinnen und Bürger erhalten aus dieser BürgerInnenversicherung die entsprechenden Leistungen, zahlen dafür aber auch in Abhängigkeit ihres gesamten Einkommens, also auch Einkommen aus Immobilien und Vermögen, ein.

Um die Transparenz dieser neuen Versicherung zu erhöhen, wollen wir sie genossenschaftlich organisieren und die Verwaltung in die Hand ihrer Mitglieder, also aller Bürgerinnen und Bürger, geben.

Wir wollen, dass die BürgerInnenversicherung allen Menschen in Deutschland im Fall von Arbeitslosigkeit oder Krankheit ebenso wie im Alter oder während Ausbildungs- oder Erziehungszeiten als Absicherung dient. Zur Finanzierung müssen ebenso alle BürgerInnen mit ihrem gesamten Einkommen herangezogen werden. Wir verurteilen die zunehmende Privatisierung solcher wichtiger Lebenswagnisse und -risiken. Unsere Vision des Sozialstaats muss ein solidarisches soziales Netz für alle bieten!

Gerechtigkeit herstellen, Teilhabe ermöglichen

Aufgabe des Sozialstaats der Zukunft ist die Herstellung gesellschaftlicher Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen einen ermöglichenden und unterstützenden, aber nie bevormundenden Staat. Die zentralen Aufgaben der Sozialpolitik sind es, Chancengerechtigkeit zwischen allen Bürgerinnen und Bürgern herzustellen und ein soziales Netz zu spannen, das im Falle von Krankheit, Erwerbsarbeitslosigkeit oder familiären Problemen ebenso hilft, wie es in der Schule, während Ausbildung, Studium oder Kindererziehung unterstützt.

Armut, insbesondere von Kindern, und die wachsende Schere zwischen Arm und Reich sind zunehmend wichtige Themen. Es darf nicht sein, dass es trotz unseres gesellschaftlichen Reichtums Menschen gibt, die nicht genug Geld zum Leben haben. Hier müssen unverzüglich staatliche Transfers ansetzen. Wir fordern die sofortige Einführung eines Kindergrundeinkommens und einer Grundrente. Die Bafög- und ALG II-Leistungen müssen dringend erhöht werden! Unser Ziel bleibt weiterhin das bedingungslose Grundeinkommen. Langfristig können wir das Phänomen Armut aber nur über verstärkte Bildungsinvestitionen und vor allem Bildungsgerechtigkeit bekämpfen. Wir brauchen eine gerechte Lastenverteilung und müssen starke Schultern massiver in die Verantwortung nehmen. Kein Kind, kein Mensch darf in Armut leben, nicht in Deutschland, nicht in der Welt!

Neben allen monetären Transfers und institutionellen Förderungen mit staatlichen Angeboten wird Sozialpolitik auch immer auf der Straße gemacht. Wir erachten die Kinder- und Jugendhilfe wie die praktische Sozialarbeit als elementare Bestandteile einer an sozialem Ausgleich orientierten Gesellschaft. Wir fordern nachdrücklich den Trend der letzten Jahre, diesen Bereich völlig kaputt zu sparen, aufzuhalten und einen Schwerpunkt auf die präventive Arbeit zulegen, anstatt später Folgeprobleme zu bekämpfen!

Rente reformieren

Das Thema Altersarmut ist in jüngster Zeit besonders in den Blickwinkel geraten. Auch im Alter muss ein würdiges Leben jedem Menschen möglich sein! Wir lehnen das heute im Rentensystem bestehende Äquivalenzprinzip ab, weil es die am Arbeitsmarkt entstandenen sozialen Ungleichheiten noch im Alter festschreibt. Das heutige Rentensystem muss deshalb in den nächsten Jahrzehnten auslaufen. Wir setzen uns für die sofortige Einführung einer einheitlichen Grundrente ein, private Vorsorge ist darüber hinaus immer möglich.

Mit einer längeren Lebenszeit und der chronischen Unterfinanzierung des Rentensystems war fast zwangsläufig auch ein höheres Renteneintrittsalter verbunden. Wir kritisieren ein einheitliches Eintrittsalter für alle Berufsgruppen, denn es verkennt die fundamentale Tatsache, dass allein die körperliche Belastung je nach Beruf völlig unterschiedlich ist. Aus diesem Grund setzt sich die GRÜNE JUGEND NRW für ein flexibles Renteneintrittsalter ein. Viele ältere ArbeitnehmerInnen wollen auch über das Rentenalter hinaus noch arbeiten – das Eintrittsalter sollte deshalb für jede Bürgerin und für jeden Bürger individuell gestaltet werden.

Grundeinkommen bringt Existenzsicherung

Der Diskussion über Hartz IV und das so genannte physische Existenzminimum setzen wir unsere Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen entgegen. Die soziale Sicherung darf nicht wie heute auf minimalem Niveau mit dem Zwang zur Arbeit verknüpft werden. Wir wehren uns gegen jede Form des Arbeitszwangs. Dieser repressive Ansatz widerspricht unserer Vorstellung einer menschenwürdigen sozialen Sicherung zutiefst! Unsere Idee der zukünftigen Existenzsicherung ist eng verbunden mit dem soziokulturellen Existenzminimum, das auch in der Erwerbslosigkeit die Teilhabe an der Zivilgesellschaft, am kulturellen und sozialen Leben ermöglicht.

Wir fordern ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger, das die Sozialleistungen der BürgerInnenversicherung ergänzt. Der Anspruch auf das Grundeinkommen hängt nicht vom Alter, dem sozialen Stand, der Partnerin/dem Partner oder der Arbeitsleistung ab – anspruchsberechtigt sind alle Bürgerinnen und Bürger als Teil unserer Gesellschaft. Die Ausgestaltung eines Grundeinkommens darf aber nicht bestehende Ungerechtigkeiten fortschreiben, indem es effektiv zu einer Kürzung der Sozialleistungen führt. Wir setzen uns daher für eine verteilungsgerechte Umsetzung in Form einer negativen Einkommensteuer ein, BürgerInnen mit geringem Einkommen sollen staatliche Zuschüsse erhalten, BürgerInnen mit hohem Einkommen entsprechend stark belastet werden. Wir wollen hohe Freibeträge und anders als im heutigen System mit ALG II steuerliche Anreize, zum Grundeinkommen hinzuzuverdienen.

Gesundheitssystem erneuern

Das Gesundheitssystem ist eine der größten und unübersichtlichsten Baustellen der deutschen Sozialversicherung. Zudem ist das Gesundheitswesen voll von Ungerechtigkeiten, allen voran die Trennung zwischen privat und gesetzlich Versicherten. Gerade im Niedriglohnbereich oder unter Selbstständigen kommt hinzu, dass oftmals das Geld für die Beiträge fehlt, mit zunehmender Tendenz fallen so Bürgerinnen und Bürger aus der Krankenversicherung heraus.

Gesundheit ist Menschenrecht

Wir setzen uns dafür ein, private wie gesetzliche Krankenkassen in der BürgerInnenversicherung zusammenzuführen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen Mitglied sein und erhalten aus der einheitlichen Krankenkasse dann auch einheitliche Leistungen. Durch den Wegfall der Versicherungspflichtgrenze stünde dem Gesundheitssystem deutlich mehr Geld zur Verfügung, was zu einer generellen Absenkung der Beiträge und einer deutlichen Qualitätssteigerung führen würde. Mit einer einheitlichen Gesundheitsversorgung müssen sehr hohe Standards und eine sehr hohe Qualität verbunden sein. Entgegen der Entwicklung der letzten Jahre wollen wir die Gesundheitsrisiken nicht auf die Einzelne und den Einzelnen abwälzen, sondern gemeinschaftlich für eine „gesunde Gesellschaft“ sorgen. Die heutigen Zuzahlungen machen Gesundheit zum privaten Luxus, den sich nicht alle leisten können. Das Gesundheitssystem darf nicht danach unterscheiden, wie gefüllt der Geldbeutel der Patientin/des Patienten ist – Gesundheit ist und bleibt ein Menschenrecht!

Frauenspezifische Gesundheitsversorgung

Geschlechterdifferenzierung ist ein entscheidendes Qualitätsmerkmal für eine bedarfsgerechte und effektive Gesundheitsförderung. Geschlechtsspezifische Besonderheiten von Frauen und Mädchen blieben in der Forschung lange Zeit unberücksichtigt, neue Medikamente und Therapiemöglichkeiten werden bis heute lediglich am männlichen Körper getestet.

ÄrztInnen müssen im Bereich der Erkennung von körperlicher Gewalt gegen Frauen und Kinder besser ausgebildet werden. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die (Wieder-)einrichtung einer landesweiten Stelle für Frauen und Gesundheit.

Nachhaltige Finanzpolitik

Unsere Finanzpolitik muss nachhaltig, sozial und gerecht sein. Wir definieren den Staat als unverzichtbaren Teil des Wirtschaftslebens und setzen auf größtmögliche Transparenz. Dabei geht es nicht nur um bessere Informationen, sondern auch darum, staatliche Aufgaben und Finanzen auf möglichst niedriger Ebene anzuordnen. Der Föderalismusreform darf jedoch weder der Länderfinanzausgleich noch das Prinzip der bundesweit gleichen Lebensverhältnisse zum Opfer fallen. Außerdem dürfen Aufgaben nicht ohne finanzielle Hilfe von Bund und Land den Kommunen auferlegt werden.

Liberalisierung ist kein Selbstzweck

Trotz aller Effizienz von Märkten gibt es Leistungen, die nicht von privaten AnbieterInnen bereitgestellt werden können. Hier ist der Staat gefragt, eine ausreichende Versorgung zu gewährleisten. Insbesondere die Bereiche Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung betreffen Kernaspekte der öffentlichen Daseinsfürsorge, die nicht privatisiert werden dürfen. Ebenso gesellschaftlich notwendig ist ein staatliches Angebot an Sozialwohnungen.

In allen anderen Bereichen, insbesondere beim Verkehr und der Energieversorgung, muss sich jede Marktliberalisierung daran messen, ob sie wohlfahrtssteigernd ist. Das Beispiel der unermesslich steigenden Preise nach der vorgeblichen Liberalisierung der Energiemärkte zeigt eindrucksvoll, wie der Einfluss von Privaten den Bürgerinnen und Bürgern schaden kann. Wir lehnen deshalb Privatisierungen um der Privatisierung Willen oder zur kurzfristigen Haushaltsverschönerung grundsätzlich ab. Mit dem Einfluss von privaten AnbieterInnen müssen Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger verbunden sein, wie nach der Privatisierung der Deutschen Telekom. Wir sehen keinen Grund, aus dogmatischen Gründen öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder, Bibliotheken, Entsorgungsunternehmen oder die örtlichen Stadtwerke zu verkaufen. In vielen dieser Bereiche stellen öffentliche Angebote die kostengünstigere und damit sozialere Variante dar, unabhängig davon, ob Wettbewerb stattfindet oder nicht.

Steuersystem gerecht gestalten

Unser Steuersystem der Zukunft muss gerecht umverteilt werden. Wir wehren uns gegen die verstärkte Besteuerung über pauschale Konsumsteuern, denn sie führt zu einer Umverteilung von unten nach oben. Wir wollen durch die Anhebung der Spitzensteuersätze der progressiv wirkenden Einkommensteuer und die Einführung einer verfassungskonformen Vermögensteuer wieder mehr Steuergerechtigkeit erreichen. Die Erbschaftsteuer wollen wir abschaffen und Erbschaften stattdessen über mehrere Jahre verteilt auf das Einkom-

men anrechnen und über die Einkommensteuer belasten. Auf diese Weise belastet auch die Besteuerung von Erbschaften Gutverdienende stärker als sozial Schwache.

Reichere müssen wieder stärker in die Verantwortung zur Finanzierung der Staatsaufgaben genommen werden, anders als oft behauptet sind die Steuern in Deutschland im internationalen Vergleich keineswegs übermäßig hoch.

Transparenz im Steuersystem

Wir alle kennen die übliche Kritik am deutschen Steuersystem: zu unübersichtlich, zu kompliziert, zu viele Schlupflöcher. Vieles davon ist berechtigt, der Vereinfachung dürfen aber nicht, wie oft gefordert, Prinzipien, wie die progressive Besteuerung, zum Opfer fallen. Das Steuersystem als solches muss gerecht ausgestaltet sein und darf nicht über diverse Ausnahmetatbestände zurechtgebogen werden, die meistens denjenigen zugute kommen, die sich gute SteuerberaterInnen leisten können. Wir wollen bestehende Schlupflöcher und Ausnahmetatbestände zugunsten eines transparenten und gerechten Steuersystems abschaffen. Die Bemessungsgrundlage muss verbreitert werden.

Unsere Vorstellung von Transparenz im Steuersystem bedeutet auch eine stärkere Nachvollziehbarkeit, wann, weshalb und wofür welche Steuer erhoben wird. Bei der Einführung neuer Steuern sollte immer vermittelt werden, was diese Steuer bewirken soll und wofür das Geld notwendig ist. Bei der Einführung der Ökosteuer und der damit verbundenen Quersubventionierung der Rentenkassen war diese Transparenz nicht gegeben. Mit einer höheren Transparenz im Steuersystem ist auch eine höhere Steuermoral und damit eine höhere Zahlungsbereitschaft verbunden.

Finanzielle Anreize setzen

Um die Wirtschaft von der heute klima- und umweltschädlichen auf eine nachhaltige Produktionsweise umzustellen, braucht es staatliche Beihilfen. Wir sind nicht generell gegen Subventionen, wollen aber alle ökologisch schädlichen Zuschüsse vom Staat, wie etwa die Kohlesubventionen in NRW, abbauen. Auch gesellschaftlich veraltete Unterstützungen, wie das Ehegattensplitting, müssen so schnell wie möglich auslaufen. Eine dauerhafte staatliche Unterstützung für unökologische oder nicht nachhaltige Branchen lehnen wir generell ab – Subventionen dürfen nur in zukunftsträchtige und nachhaltige Projekte fließen.

Finanzmärkte regulieren

Immer wieder kommt es irgendwo auf der Welt zu Finanzmarktkrisen, die ganze Volkswirtschaften mit in den Abgrund ziehen können. In jüngster Vergangenheit erst die Dotcom-Blase kurz nach der Jahrtausendwende und nur wenige Jahre später die US-Immobilienkrise, in deren Folge auch mehrere deutsche Landesbanken in Bedrängnis kamen. Eine globalisierte Welt, in der die Kapitalflüsse immer unübersichtlicher werden, braucht dringend auch eine effektive Kontrolle und Aufsicht der Finanzmärkte. Damit einher muss auch endlich die Besteuerung von kurzfristigen internationalen Spekulations- und Devisengeschäften über die so genannte Tobin-Steuer gehen. Beides sind jedoch Projekte, die nicht allein national, sondern weltweit eingeführt werden müssen. Wir setzen uns deshalb für entsprechende internationale Abkommen ein!

Haushaltspolitik neu gestalten

Die Generationengerechtigkeit ist ein zentrales Thema für die GRÜNE JUGEND NRW. Insbesondere im Bereich der Haushaltspolitik wirken sich heutige Entscheidungen durch Zinseffekte vielfach auf die nachfol-

genden Generationen aus und benachteiligen ihren Spielraum in der Gestaltung der Ausgabenpolitik. Bestandteil einer nachhaltigen Haushaltspolitik ist daher auch das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts. Denn wir wollen nicht auf Kosten kommender Generationen leben, aber genauso wenig wollen wir die Menschen heute und morgen vergessen. Schulden sind nicht per se abzulehnen und ihr Abbau rechtfertigt keine blinden Kürzungen wichtiger Haushaltsposten. Der Staat muss auf vorübergehende konjunkturelle Schwächen durch Staatsverschuldung reagieren können. Ausgaben für Bildung und Soziales sind als Investitionen zu sehen, die sich zukünftig mehrfach auszahlen. Ausgabenkürzungen, die vor allem sozial Benachteiligte stärker belasten, ziehen oft gravierende Probleme nach sich. Ein Abbau der Staatsverschuldung muss deshalb durch eine Kombination aus einer Einnahmeverbesserung und einer Ausgabensenkung erreicht werden. Daher setzen wir auf die Abschaffung der Privilegien und Ausnahmeregelungen im Steuersystem für ohnehin besser Gestellte sowie eine Erhöhung der Steuern vor allem für Wohlhabende.

IV. GESELLSCHAFT

Einführung

Die GRÜNE JUGEND NRW setzt sich für eine tolerante, vielfältige, demokratische und gleichberechtigte Gesellschaft ein. Gerechtigkeit und Solidarität sind die tragenden Grundpfeiler unserer Gesellschaftspolitik. Unser zentrales Anliegen ist es, jeder und jedem die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Jede Person soll selbstbestimmt und frei leben können – gleich welchen Alters, welcher Herkunft, welchen Geschlechts, welcher sexuellen Orientierung oder welchen Glaubens. Angesichts des demographischen Wandels wollen wir besonders die Interessen von Kindern und Jugendlichen stärken. Als multikulturelles Einwanderungsland stehen wir Herausforderungen gegenüber, denen wir mit einer aktiven und positiven Integrations- und Einwanderungspolitik begegnen müssen. Auch in der Frauen- und Gleichstellungspolitik haben wir noch viel zu tun bis wir unser Ziel einer gleichberechtigten Gesellschaft erreicht haben!

Deutschland ist Einwanderungsland

Wir leben in einer multikulturellen Gesellschaft – darin sehen wir sowohl eine Bereicherung als auch eine Herausforderung. Integrationspolitik ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft, die religiöse und kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft wird von Generation zu Generation zunehmen. Defizite in der Integrationspolitik müssen aufgedeckt und eine aktive Einwanderungspolitik gestaltet werden. Grundvoraussetzung für das gemeinsame Zusammenleben ist die Einhaltung der Menschenrechte und die Achtung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Integration ist nicht nur ein politisches Schlagwort, sondern eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft. Alle politischen und gesellschaftlichen Ebenen sind aufgefordert, Integration als ihre Aufgabe zu begreifen und entsprechende Konzepte für alle politischen Themenfelder auszuarbeiten. Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe und muss überall berücksichtigt werden, ob in der Bildungspolitik, bei der Pflege im Alter oder bei der Stadtplanung.

Voraussetzungen für eine gelungene Integration

Die Einbürgerungshürden sind immer noch zu hoch und viele Migrantinnen und Migranten möchten die Staatsbürgerschaft ihres Heimatlandes, wo sie oft noch Familie haben, nicht verlieren. Deshalb treten wir für eine erleichterte Einbürgerung sowie die doppelte Staatsbürgerschaft ein.

Sprache und Bildung sind die Schlüssel zur Integration. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert einen Rechtsanspruch auf flächendeckende, kostenfreie, geschlechts- und altersspezifische Angebote von Sprach- und Integrationskursen. Wir unterstützen die Mehrsprachigkeit von Kindern, Sprachförderung in Kitas und Schulen muss zur Selbstverständlichkeit werden. Echte Teilhabe- und Chancengerechtigkeit kann nur über umfassende Reformen im Bildungswesen gewährleistet werden, denn dort werden die Grundsteine für die Gesellschaft gelegt.

Partizipation

In vielen Städten und Gemeinden NRWs gibt es bereits Integrationsbeiräte, die von den nicht zur Kommunalwahl berechtigten Migrantinnen und Migranten gewählt werden. Die GRÜNE JUGEND NRW unterstützt die Mitbestimmung von MigrantInnen, kritisiert aber die derzeitige Form, denn die Integrationsbeiräte haben lediglich beratende Funktion, können de facto aber nichts entscheiden.

Menschen, die bereits länger in Deutschland leben, aber keinen deutschen Pass besitzen, haben bisher nur bei Europa- und Kommunalwahlen Wahlrecht. Und das auch nur, sofern sie EU-BürgerInnen sind. Alle Menschen müssen an ihrem Wohnort auch das Recht haben über die dortige Politik mit zu bestimmen. Unser Ziel ist es, die Integrationsbeiräte überflüssig zu machen, indem auch Nicht-EU-BürgerInnen, die ihren Lebensmittelpunkt seit mindestens zwei Jahren in Deutschland haben, das aktive und passive Kommunalwahlrecht erhalten. Denn wer dort, wo sie oder er wohnt, auch politisch mitbestimmen darf, wird wesentlich leichter in die Gesellschaft integriert.

Humane Flüchtlingspolitik

Neben der Bekämpfung von Fluchtursachen und einer Reform der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik setzt sich die GRÜNE JUGEND NRW für die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen in Deutschland ein.

Die Quote von anerkannten Asylanträgen in Deutschland ist seit Jahren rückläufig. Das liegt zum einen daran, dass immer weniger Flüchtlinge die Festung Europa erreichen und nach Deutschland gelangen, zum anderen liegt es aber auch an den strengen Auslegungen der geltenden Richtlinien. Wir fordern die Abschaffung der repressiven und bevormundenden Bedingungen, unter denen Asylsuchende in einem laufenden Asylverfahren leben müssen. Für sie gilt die Residenzpflicht, zudem werden die äußerst geringen Sozialleistungen oft nicht ausbezahlt, sondern in Essensgutscheinen vergeben. Die häufige Unterbringung von Flüchtlingen in Sammelunterkünften ist katastrophal, Menschen mit verschiedensten kulturellen und religiösen Hintergründen leben dort, ohne dass ausreichend Privatsphäre gewährleistet werden könnte. Zudem liegen diese Unterkünfte meist abseits der Stadt – frei nach dem Motto „aus den Augen, aus dem Sinn“.

Nach anerkanntem Asyl bekommen die Flüchtlinge zwar eine Aufenthaltserlaubnis, die aber nur befristet ist. Außerdem wird seit 2005 nach einem dreijährigen Aufenthalt in Deutschland überprüft, ob der Asylgrund noch gegeben ist. Von diesem so genannten Widerrufsrecht wird seit den letzten Jahren reger Gebrauch gemacht, was für viele Flüchtlinge die Abschiebung in das Heimatland bedeutet, obwohl in diesen Ländern häufig Bürgerkrieg herrscht oder bestimmte Bevölkerungsgruppen verfolgt werden.

Wir fordern, dass alle Menschen, die in Deutschland Asyl genießen, eine Niederlassungserlaubnis und eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten und damit verbunden auch die Erlaubnis arbeiten zu dürfen. Die inhumane Abschiebepolitik der Bundesrepublik muss ein Ende haben!

Aber auch für die Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, fordern wir Verbesserungen ein. Kettenduldungen sind inhuman und müssen deshalb abgeschafft werden. Ende 2005 waren es in Deutschland etwa 120.000 Menschen, die sich auf diese Weise schon seit mindestens fünf Jahren hier aufhielten. Sie haben aber nur sehr geringe Rechte: weder einen Anspruch auf Sprach- und Integrationskurse noch eine Arbeitserlaubnis. Die staatliche Unterstützung nach Asylbewerberleistungsgesetz ist äußerst gering und kann gesellschaftliche Teilhabe und Integration nicht gewährleisten.

Für die Geduldeten ergibt sich aus ihrer Situation ein rechtlicher Schwebestand, denn sie können jederzeit abgeschoben werden. Wir fordern, dass allen Menschen, die länger als sechs Monate als Geduldete in

Deutschland leben, Asyl anerkannt werden muss. Die Abschiebehaft muss ebenso wie die Abschiebehaftanstalten grundsätzlich abgeschafft werden!

Elementar sind auch die Rechte von minderjährigen Flüchtlingen. Die UN-Kinderrechtskonvention wurde in Deutschland bisher nur unter ausländerrechtlichen Vorbehalten unterzeichnet, nach denen das deutsche Ausländerrecht Vorrang vor den Verpflichtungen der Konvention hat. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die Achtung aller Artikel der Kinderrechtskonvention. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sollen das Recht auf Asyl, Bildung und einen Vormund, der ihre Interessen vertritt, erhalten.

Rechte von Menschen ohne Papiere stärken

In Deutschland leben laut Schätzungen zwischen 500.000 und einer Millionen Menschen ohne Papiere und ohne Aufenthaltsstatus, davon mehrere Tausend auch in NRW. In den politischen Debatten um Migration und Integration, Bleiberechtsregelungen und Arbeitsgenehmigungen werden die Menschen, die in der „Illegalität“ leben, häufig vergessen. Die Gründe für ein Leben in „Illegalität“ sind vielfältig, die Ursachen für ein Untertauchen reichen von abgelehnten Asylanträgen und abgelaufenen Duldungen bis hin zu einem Entzug des Aufenthaltsrechts durch strafrechtliche Verfolgung. Eines ist aber allen Menschen ohne Papiere gemein: Viele Menschenrechte, wie der Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und legalen Erwerbsmöglichkeiten, bleiben ihnen verwehrt. Die Angst jederzeit abgeschoben zu werden, macht sie zu unscheinbaren MitbürgerInnen, die ein Schattendasein fristen, um ja nicht entdeckt zu werden. Die GRÜNE JUGEND NRW setzt sich für die Rechte von Menschen ohne Papiere und ihre ehrenamtlichen HelferInnen ein. Die Gründe für das Abtauchen in die „Illegalität“ müssen eingedämmt und der Zugang zu Bildung frei gemacht werden. Wir fordern die Gewerkschaften auf, die Interessen von Menschen ohne Papiere zu vertreten. Betroffenen Menschen muss ein Angebot zur Legalisierung gemacht werden wie es in einigen anderen europäischen Ländern üblich ist.

Familie ist Verantwortung

Die GRÜNE JUGEND NRW kritisiert die einseitige Bevorzugung des Modells Ehe. Wir fordern die gleichberechtigte Behandlung aller Lebensstile und Lebensformen. Subventionen für die AlleinverdienerInnenehe wie das Ehegattensplitting müssen abgeschafft werden! Unser Ziel besteht in einem Modell, das allen Lebensweisen – egal ob lesbisch, schwul, bi oder hetero, alleine zu zweit oder zu mehreren lebend, mit oder ohne Kind/er – gleiche rechtliche Möglichkeiten zur Absicherung gibt. Dies ist Voraussetzung, um die völlige Gleichberechtigung aller Lebensstile zu verwirklichen. Jedem Menschen muss das Recht gegeben werden, selbst zu entscheiden, wer zu seiner Familie gehört. Familie ist nicht zwangsläufig da, wo Verwandtschaft ist und nicht nur da, wo Kinder sind. Entscheidend ist, dass Menschen füreinander da sind! Leitbild einer zukünftigen emanzipatorischen Politik, die alle Lebensformen umfasst, muss daher sein: Familie ist da, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen!

Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile ist eine zentrale Aufgabe moderner Familienpolitik. Die gesellschaftliche Akzeptanz für berufsorientierte Frauen und familienorientierte Männer muss wachsen. Hierzu müssen Anreizsysteme entwickelt werden, die über ein kurzes väterliches Intermezzo hinausgehen. Verlässliche Betreuungsangebote und deren intensive staatliche Förderung sind deshalb gesellschaftspolitische Anforderungen der Zukunft.

Unsere Zukunft

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft. Wer die gesellschaftliche Zukunft nicht aufs Spiel setzen will, muss auf die Interessen von Kindern und Jugendlichen eingehen und ihnen Gehör verschaffen. Wir fordern, dass sie tatsächlichen Einfluss auf die richtungsweisenden politischen Entscheidungen bekommen. Dazu braucht es eine demokratische Erziehung und gelebte Mitbestimmung von Anfang an.

Die Einsparungen im Kinder- und Jugendbereich müssen endlich ein Ende haben! Im Gegensatz zu den Behauptungen vieler PolitikerInnen, nützt dies nicht der Generationengerechtigkeit, sondern schadet vielmehr den nachfolgenden Generationen. Besonders für Jugendliche in sozialen Brennpunkten müssen ausreichend Angebote bereitstehen. Die Jugendlichen müssen da abgeholt werden, wo sie stehen.

Kinder- und Jugendhilfe

Bei den Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen darf nicht nur weiter eingespart werden, sondern im Gegenteil bedarf es einer verstärkten Förderung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Begrüßenswerterweise gibt es trotz zahlreicher Versuche der Landesregierung, den Trägerpluralismus bei Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zu zerstören, noch immer ein breites Angebot. Als GRÜNE JUGEND NRW setzen wir uns dafür ein, dass nicht nur etablierte AnbieterInnen mit etablierten Strukturen gefördert werden, sondern dass verstärkt selbstorganisierte Angebote berücksichtigt werden. Förderstrukturen müssen dieser neuen Linie angepasst und deutlich vereinfacht werden.

In den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit muss es qualitative Standards geben, die ein hochwertiges Angebot garantieren. Wir begrüßen auch jede Form des ehrenamtlichen Engagements, das in diesen Einrichtungen meist auch von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgeht. Diese Engagierten sollen in ihrer Qualifizierung gefördert werden.

Schutz von Kindern

Der Schutz von Kindern in gewalttätigen Elternhäusern darf unter keinen Umständen unter Haushaltsvorbehalt stehen. Wir stehen für eine Stärkung aufsuchender Hilfsangebote und einer konsequenten Begleitung, die sich jedoch nicht zu Schikane und Gängelung auswachsen darf. Integrierte Angebote der Kinder- und Familienhilfe und die Bündelung von Leistungen an einem Ort sind ein guter Weg, bedürfen jedoch der entsprechenden finanziellen und personellen Ausstattung.

Aneignung öffentlicher Räume

Während Kinder noch eine relativ große Lobby hinter sich haben, wird Politik und insbesondere Wahlkampf häufig auf dem Rücken der Jugendlichen gemacht. Vor allem auf kommunaler Ebene gewinnt man schnell den Eindruck, Jugendliche würden das Stadtbild stören. In vielen Kommunen NRWs werden Jugendliche aus der Öffentlichkeit vertrieben, z.B. durch Skateverbote. Die GRÜNE JUGEND NRW setzt sich für eine (Wieder-)Aneignung des öffentlichen Raumes durch Jugendliche ein, denn diese sind wichtige Orte für informelles Lernen und für die Aneignung sozialer wie kognitiver Fähigkeiten.

Wertschätzung älterer Menschen

Eine Gesellschaft ist dann erst solidarisch und gerecht, wenn sie Menschen aller Generationen in das gesellschaftliche Leben integriert. Auch für ältere Menschen muss ein Platz in der Mitte der Gesellschaft garantiert sein. Vereinsamung, Hilfsbedürftigkeit und Abhängigkeit charakterisieren immer häufiger die Lebenssituation älterer Menschen. Tatsache ist auch, dass die Lebenserwartungen stetig steigen werden (sind es heute

noch knapp 20%, werden 2050 schon 30% der Bevölkerung im Rentenalter sein). Als GRÜNE JUGEND NRW setzen wir uns für den Ausbau von Beratungsstellen für ältere Menschen ein und wollen alternative Formen des Zusammenlebens wie Alten-Wohngemeinschaften und Begegnungsorte, wie Mehrgenerationenhäuser, fördern. Zudem bedarf es Angebote für ältere Menschen mit Migrationshintergrund. Wir fordern auch, dass ältere Menschen in der öffentlichen Diskussion mehr wertgeschätzt und nicht als Belastung angesehen werden.

Gleich berechtigten

Trotz rechtlicher Gleichstellung werden Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft faktisch immer noch benachteiligt. Besonders deutlich wird dies bei der ungleichen Entlohnung für gleiche Arbeit. Obwohl Mädchen und junge Frauen heute durchschnittlich bessere Abschlüsse als ihre gleichaltrigen männlichen Mitschüler und Kommilitonen machen, sind Frauen in Führungspositionen und Aufsichtsräten immer noch unterrepräsentiert. Insbesondere soziale Berufe, wie in der Kranken- und Altenpflege oder bei der Erziehungsarbeit, wo heute noch viele Frauen beschäftigt sind, erfahren in unserer Gesellschaft kaum Anerkennung, was sich auch auf das Gehalt niederschlägt. Eine tatsächliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie existiert bis heute nicht, weiterhin sind es gerade Frauen, die diese Doppelbelastung auf sich nehmen. Gleichzeitig müssen Männer gegen Vorurteile ankämpfen, wenn sie einen sozialen Beruf ergreifen oder die Familienarbeit übernehmen möchten. Wir wollen eine neue gesellschaftliche Debatte über die faire Aufgabenteilung in der Familie!

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern muss endlich in allen Lebensbereichen Wirklichkeit werden. Frauen- und Genderpolitik ist Querschnittsaufgabe!

Rollenbilder aufbrechen

Junge Frauen und Männer wollen wider alter Rollenklischees selbstbestimmt ihre Lebenswünsche realisieren und die Erziehungsarbeit gleichberechtigt aufteilen. Die einseitige steuerliche Förderung des Alleinernährermodells über das Ehegattensplitting muss endlich abgeschafft werden. Wir fordern die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben und von Männern am Familienleben!

Geschlechterpolitik fängt bereits bei den Kindern an, deshalb ist es wichtig mehr männliches Personal im vorschulischen Bereich und in der Elementarpädagogik auszubilden sowie zukünftige LehrerInnen für Genderproblematiken zu sensibilisieren.

Schutz vor Gewalt

Jede vierte Frau in Deutschland erfährt in ihrem Leben häusliche Gewalt. Wir fordern ein umfassendes Aktionsprogramm gegen häusliche Gewalt und speziell Gewalt an Kindern sowie einen starken Schutz für Opfer von sexueller, physischer und psychischer Gewalt. Finanzielle Kürzungen bei den verschiedenen Frauenhilfeeinrichtungen sind völlig inakzeptabel! Die Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser müssen ausreichend finanziert und unterstützt werden. Besonders für minderjährige Mädchen ist die Lage häufig dramatisch, da sie in den Frauenhäusern bisher nicht aufgenommen werden dürfen. Wir fordern deshalb die Einrichtung so genannter Mädchenhäuser als einen Anlaufpunkt gerade für Mädchen mit Migrationshintergrund.

Gender Mainstreaming fest verankern

Gender Mainstreaming bedeutet, dass alle Entscheidungen staatlichen Handelns daran gemessen werden, ob

sie zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen. Wir fordern die Umsetzung dieses Prinzips in allen Politikbereichen, insbesondere aber bei der Verteilung von öffentlichen Geldern. „Gender Budgeting“, die Aufschlüsselung öffentlicher Haushalte, wem wie viel Geld zugute kommt, soll auf allen staatlichen Ebenen umgesetzt werden!

LesBiSchwules

Liebe verdient Respekt! Für die GRÜNE JUGEND NRW gilt dies als Leitbild. Gegenseitiger Respekt, Liebe und Fürsorge verdienen gesellschaftliche Anerkennung, egal, ob es sich um heterosexuelle, homosexuelle oder anders in Partnerschaften lebende Menschen handelt – Nichtdiskriminierung ist ein Menschenrecht. Die gesetzlichen Maßnahmen zum Schutz homosexueller und transidenter Menschen bzw. die rechtliche Anerkennung homosexueller Partnerschaften durch das Gesetz zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft sind wichtige Schritte, aber sie reichen nicht aus.

Noch immer werden Lesben und Schwule in Eingetragenen Lebenspartnerschaften schlechter gestellt als verheiratete Heterosexuelle. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht den Weg zur Öffnung der Ehe und damit der kompletten rechtlichen Gleichstellung längst frei gemacht. Trotzdem gibt es noch immer massive Diskriminierungen im Bereich des Steuerrechts, der Hinterbliebenenversorgung und des Adoptions- und Reproduktionsrechts. Die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare ist aber nur eine Möglichkeit zur rechtlichen Gleichstellung. Die Entprivilegierung der Ehe ist längst überfällig! Der Zugang zu reproduktionsmedizinischen Maßnahmen oder die Möglichkeit der Adoption darf nicht am Familienstand der Eltern festgemacht werden, sondern muss immer dem Wohl des Kindes dienen. Als heterosexuelles Paar verheiratet zu sein, ist dabei kein qualifizierendes Kriterium!

Neben den rechtlichen Maßnahmen müssen aber auch Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Anerkennung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (kurz LGBT) gefördert und ausgebaut werden. Rechtliche Maßnahmen allein können keine Vorurteile abbauen. Noch immer ist „schwule Sau“ eine der gängigsten Beschimpfungen unter Jugendlichen. Hier stehen Schule, Jugendhilfe, Sport und andere Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in der Pflicht Diskriminierung durch Aufklärung abzubauen. Staatliche Fördergelder müssen auch an eine konsequente Arbeit gegen Sexismus und Homophobie gebunden werden. Wichtiger Bestandteil lesBiSchwuler Arbeit sind die Selbstorganisationen. Sie betreiben Aufklärungs- und Antidiskriminierungsarbeit und bieten Möglichkeiten der Beratung und des Austauschs für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transidente. Die Arbeit dieser Vereine und Organisationen leistet einen entscheidenden Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe von LGBT und muss daher weiterhin gestärkt werden. Leider ist es in unserer Gesellschaft eben noch nicht selbstverständlich so zu leben, wie man es persönlich gern möchte. LGBT leiden auch weiterhin unter Diskriminierung und Intoleranz. Es ist daher aus unserer Sicht staatliche Aufgabe, die LGBT-Selbstorganisationen zu fördern und ihnen einen finanziell sicheren Rahmen zu bieten.

Aufbrechen der Geschlechterrollen

Trotz aller Erfolge und Fortschritte für homosexuelle Menschen werden transidente und intersexuelle Menschen weiterhin massiv von der Gesellschaft und vom Staat diskriminiert. Um dies zu beheben, ist mehr Aufklärungsarbeit vonnöten. Wir fordern deshalb, dass Transidentität und Intersexualität fester Bestandteil des Sexualkundeunterrichts werden. Wir setzen uns dafür ein, die Möglichkeiten für Transgender mit dem Geschlecht ihrer Wahl zu leben, zu verbessern. Dazu muss unter anderem das seit 1980 weitestgehend unverändert bestehende Transsexuellengesetz dringend reformiert werden. Die Klassifizierung von Transsexualität als Krankheit verurteilen wir.

Unter dem herrschenden gesellschaftlich und staatlich verordneten binären Geschlechtssystem haben besonders Intersexuelle zu leiden. Dies führt dazu, dass Menschen, die mit weiblichen und männlichen Genitalien geboren werden, ein Genital entfernt wird, damit sie eindeutig einem Geschlecht zugeordnet und dementsprechend im Geburtenregister eingetragen werden können. Die GRÜNE JUGEND NRW sieht daher die Einordnung von Menschen in vorgeschriebene Geschlechtskategorien sehr kritisch. Wir sprechen uns dafür aus, diese Geschlechterkategorien langfristig aus dem Gesetz zu streichen.

Menschen mit Behinderungen integrieren

Die GRÜNE JUGEND NRW will eine Gesellschaft, in der sich Menschen mit Behinderungen ebenso entfalten und am täglichen Leben teilhaben können wie Menschen ohne Behinderung. Deshalb fordern wir vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Das Betreuungsangebot für Menschen mit Behinderung muss dahingehend verbessert werden, dass sie ihr Leben möglichst selbstbestimmt in der Gesellschaft führen können. Wie jedes andere Mitglied der Gesellschaft haben auch Menschen mit Behinderungen ein Recht darauf ihre Sexualität auszuleben, sich fortzupflanzen und ihre Kinder im Rahmen ihrer Möglichkeiten großzuziehen.

Kultur ist Anker der Gesellschaft

Grundlage unserer Kulturpolitik ist ein moderner und vielfältiger Kulturbegriff: Kultur umfasst alle Dinge, die in der Auseinandersetzung des Menschen mit seiner Umwelt, seiner Geschichte und seiner Zukunft entstehen. Kultur kennt vielfältige Ausdrucks- und Erscheinungsformen, die sich nicht alleine unter dem Begriff „Kunst“ zusammenfassen lassen. Kulturpolitik bezieht sich also nicht allein auf die staatliche Finanzierung von Theatern, Opern und Museen: Sie durchdringt die unterschiedlichsten Lebensbereiche und damit zwangsläufig auch unterschiedlichste politische Ressorts.

Wir wollen Rahmenbedingungen sichern und bieten, in denen sich Kunst und Kultur frei entwickeln können. Dieser Rahmen soll kulturelle Aktivitäten und künstlerische Betätigung für alle Menschen ermöglichen. Dazu gehört primär die Erhaltung und Förderung öffentlicher Institutionen und Kultureinrichtungen, wie Museen und Theater, aber auch Musikschulen, frei zugänglicher Ateliers und anderer Freiräume für Kultur und Kunst. Diese Orte dürfen nicht zum Privileg einiger wohlbetuchter Feingeister werden, sondern müssen allen Gesellschaftsgruppen zugänglich sein. Investitionen in diese Freiräume zählen zu den wichtigsten Investitionen in eine freie, demokratische und friedliche Gesellschaft und sind für den Wandel in die Wissensgesellschaft unabdingbar.

Mit diesem Verständnis müssen wir auch innerhalb der Grünen für einen höheren Stellenwert der Kulturpolitik kämpfen: Sie darf dem Druck leerer Kassen nicht zum Opfer fallen. Besonders in den Kommunen, denen eine wichtige Rolle in unserer Kulturlandschaft zukommt, dürfen wir es nicht zulassen, dass Kulturpolitik gegen andere Ressorts aufgerechnet wird. Ohne Kultur verroht nicht nur die Kommune, sondern auch der Mensch.

Immer öfter kommt es gerade bei großen kulturellen Ereignissen zu so genannten Public Private Partnerships (PPP), also zu Sponsoring durch Firmen, die gemeinsam mit der öffentlichen Hand Kunst und Kultur fördern. Besonders in NRW engagieren sich viele Unternehmen für kulturelle Veranstaltungen und Projekte. Wir stehen dieser Entwicklung kritisch gegenüber. Für uns muss bei jedem PPP der Grundsatz gelten, dass Kulturförderung öffentliche Aufgabe ist und die öffentliche Hand PPPs nicht als Regel, sondern als besonde-

re Ausnahme für öffentliche Ausstellungen sieht. Die GRÜNE JUGEND NRW begrüßt das Engagement der Unternehmen ausdrücklich, jedoch wollen wir eine Entwicklung vermeiden, dass private Geldgeber die tragende Rolle bei kulturellen Angeboten spielen, wie es zum Beispiel in den USA die Regel ist. Es gilt: Privates Vermögen soll das öffentliche Kulturleben bereichern, es darf es aber nicht ersetzen!

Vielfalt statt Einfalt

Eine wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft ist die Erhaltung und Förderung von Vielfalt, Respekt vor unterschiedlichen Weltanschauungen und Lebensentwürfen. Dazu gehört auch ein interreligiöser Dialog zwischen allen Glaubensgemeinschaften, der aber nicht vor Konflikten zurückscheuen darf. Wir wollen einen offenen und ehrlichen Dialog, in dem auch kritische Punkte, wie die Einschränkung bestimmter Grundrechte, angesprochen werden müssen. Menschenrechtsverletzungen sind nicht tolerierbar, auch nicht wenn sie religiös motiviert sind.

Das Grundrecht auf freie Religionsausübung ist ein wichtiges Gut unserer Gesellschaft. Wir stellen uns gegen Verbote religiöser Symbole und wehren uns gegen das Vorurteil gegenüber bestimmten Religionen, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden zu wollen. Wir kritisieren scharf, dass muslimische Glaubensgemeinschaften häufig unter Generalverdacht gestellt werden. Wir wollen multikulturelle Vielfalt und keine Assimilation zu einer wie auch immer geprägten Mainstream-Kultur. Bei statistischen Erhebungen fordern wir eine Freiwilligkeit der Angabe der Religionszugehörigkeit.

Freie Gesellschaft? Freie Medien!

Medien sind ein wichtiges Element für und in einer freien und demokratischen Gesellschaft. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ohne unabhängige Medien nicht zu gewährleisten. Aufgabe der Medienpolitik ist es, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der die Freiheit der Medien bewahrt und schützt. Gleichzeitig dürfen wir die Medien nicht aus ihrer Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung entlassen. Deswegen ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch und gerade im digitalen Zeitalter ein unverzichtbarer Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft.

Die gesellschaftliche Bedeutung der öffentlich-rechtlichen Programme wird angesichts der unübersichtlichen Zahl von Medienangeboten größer statt geringer. Denn der öffentlich-rechtliche Programmauftrag besteht darin, unabhängige, umfassende und frei verfügbare Angebote zur Verfügung zu stellen – und zwar für die ganze Gesellschaft und für alle Altersgruppen. Die privaten Rundfunkveranstalter können und wollen diese Anforderungen nicht erfüllen, denn sie arbeiten wie gewinnorientierte Unternehmen. Doch auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk bleibt oft hinter seinem Anspruch zurück. Dieser muss sich, statt auf Quoten zu schauen, auf seinen Bildungsauftrag besinnen. Die GRÜNE JUGEND NRW möchte deshalb diese wichtige Säule der Demokratie stärken und sie für das Zeitalter der Digitalisierung fit machen. Die Digitalisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks birgt viele Chancen, auch für neue Vielfalt und neue Formate. Einschränkungen des Rundfunks durch Benachteiligung gegenüber privaten AkteurInnen durch den Gesetzgeber, lehnen wir ab. Entsprechend der neuen Aufgaben durch das Internet wollen wir die Deutsche Welle, gerade als unabhängige Stimme in Krisenregionen, stärken. Wir setzen uns außerdem für einen europäischen Rundfunk ein, der europaweit zu empfangen sein soll und von den Ländern gemeinsam gestaltet wird.

Die GRÜNE JUGEND NRW begrüßt die wachsende Verbreitung freier Software. Diese bietet gegenüber proprietärer Software den Vorteil, dass sie für alle gleichermaßen zugänglich, transparenter und nicht von MonopolistInnen zu kontrollieren ist. Weiterhin ist sie kostenlos, so verhilft sie auch finanziell schwachen

Menschen zur Teilhabe an der digitalen Gesellschaft. Das Downloaden von Medien aus dem Internet und das Kopieren derselben wird mittlerweile von Millionen von Menschen betrieben. Wir wehren uns gegen Versuche der Industrie, KonsumentInnen zu kriminalisieren. Jeder Mensch hat das Recht auf Kultur und Information und somit auch den unbeschränkten Zugang zu diesen. Dieser freie Zugang darf jedoch nicht zu Lasten der UrheberInnen gehen. Daher müssen neue Wege gefunden werden, Kreative gerecht zu entlohnen, ohne Millionen KonsumentInnen zu kriminalisieren.

Geschlechtergerechte Medien

Die Medien insgesamt haben großen Einfluss auf die Meinungsbildung und das Wertesystem einer Gesellschaft. Dadurch haben sie aber auch eine große Verantwortung zu tragen, beispielsweise wenn es um den Transport bestimmter Rollenbilder geht. Häufig werden Klischees über die Geschlechter verbreitet und damit Geschlechterrollen festgeschrieben. Medien können aber auch zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern beitragen, indem sie beide Geschlechter gleichberechtigt darstellen und unterschiedliche Lebensmodelle aufzeigen.

Die kommerzielle Vermarktung in der Werbung, die Frauen, aber auch Männer, nach dem Motto „sex sells“ als reine Sexualobjekte darstellt, lehnen wir ab. Wir sehen einen Zusammenhang zwischen dem Geschlechterbild in der Werbung und einem übertriebenen Schönheitsideal unserer Gesellschaft. Der starke, sorgende Mann auf der einen und die schöne, immer willige und unterwürfige Frau auf der anderen Seite. Diese Rollenzuschreibungen sind nicht nur für beide Geschlechter belastend, sondern führen zum Beispiel auch zu Essstörungen oder einem übertriebenen Sportwahn. An dieser Stelle ist auch die Politik gefordert: Wir wollen einen Ausbau von Beratungsstellen und -angeboten für Betroffene, die Schulung von ErzieherInnen im Umgang mit diesen Problemen bei Jugendlichen sowie Kampagnen für einen gesunden Umgang mit dem eigenen Körper.

Für eine humane Drogenpolitik

Die GRÜNE JUGEND NRW steht für Aufklärung und Prävention mit dem Ziel eines verantwortungsvollen Umgangs mit Drogen ein. Im Zentrum unserer Drogenpolitik steht die Hilfe für Abhängige und KonsumentInnen. Alle Erfahrungen lehren uns, dass wir dem Phänomen Drogenkonsum nicht mit Verboten und Repression begegnen dürfen. Dies senkt weder die Zahl der KonsumentInnen noch hilft es den Betroffenen. Im Gegenteil: Durch das Verbot und die Bestrafung für den Besitz mancher Drogen eröffnet die Gesellschaft überhaupt erst den Schwarzmarkt mit all seinen Problemen und negativen Auswirkungen.

Durch überhöhte Preise des Schwarzmarktes entsteht Beschaffungskriminalität und -prostitution, verbreiten sich verunreinigte Drogen, HIV- und Hepatitisinfektionen. Deshalb fordern wir den legalen Verkauf von Drogen an Personen ab 18 Jahren in staatlich kontrollierten Drogenfachgeschäften. Hier sollen alle Drogen verkauft werden, von Alkohol über Tabak bis hin zu pflanzlichen Drogen sowie so genannte harte Drogen. Der Konsum von harten Drogen darf jedoch ausschließlich in den Geschäften selbst erlaubt sein, um den Verkauf an Minderjährige zu verhindern. Zusätzlich muss es im Drogenfachgeschäft gezielte Informationen über Hilfsangebote und Therapiemöglichkeiten geben.

Hilfe und Aufklärung statt Kriminalisierung

Derzeit werden im Gegensatz zu den finanziellen Mitteln für Aufklärungsarbeit enorme Geldsummen für Ermittlungsverfahren ausgegeben. Wir treten für eine Aufklärung über alle Drogen, ihre Risiken und Wirkungs-

weisen, auch bei Tabak und Alkohol, ein. Denjenigen, die ein Problem mit Drogen haben, muss aber auch geholfen werden. Dies wird nicht durch willkürliche Kriminalisierung und eine verschärfte Strafverfolgung erreicht, sondern durch eine gezielte Einsetzung der finanziellen Mittel bei den Beratungs- und Informationsstellen. Wir fordern zudem die flächendeckende Aufstellung von „Spritzenautomaten“ sowie die Einrichtung von Fixerstuben in allen Großstädten und in der Nähe sonstiger Brennpunkte.

Sport ist Kultur

Der Sport ist ein wichtiges Kulturgut und hat einen gesellschaftlichen Wert über die reine Körperertüchtigung hinaus. Bewegung und Spiel fördern nicht nur die Gesundheit, sondern auch soziale Integration und den Gemeinsinn. Dabei kommt dem Sport eine große Verantwortung zu. Sport steht für gemeinsame Aktivität, Leistungsbereitschaft, „fair play“ und die Entwicklung sozialer Kompetenzen. Rassismus, Sexismus und Homophobie dürfen im Sport aber keinen Platz haben. Öffentliche Förderung des Sports muss auch daran geknüpft sein, dass der Sport auf allen Ebenen, vom Breiten- bis Leistungssport, seine gesellschaftliche Verantwortung annimmt und gegen Diskriminierungen jeder Art vorgeht. Ein viel zitierter Spruch heißt: Dem Ball ist egal, wer ihn tritt! Wir begreifen das als Handlungsauftrag.

Trotzdem ist die öffentliche Förderung des Sports ein wichtiger Beitrag zur Ausgestaltung der Gesellschaft. Die GRÜNE JUGEND NRW steht hinter der Förderung sportlicher Aktivität und ehrenamtlichen Engagements, ohne das der Sport in seiner jetzigen Form nicht existieren könnte und das von hohem gesellschaftlichen Wert ist. Besonders der Behindertensport erfüllt eine besondere Aufgabe in der Integration und leistet so einen Beitrag zur Veränderung der Wahrnehmung behinderter Menschen in der Gesellschaft.

Wir treten mit Nachdruck für einen sauberen Sport ein. Das bedeutet Sport ohne Doping, denn die Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler muss im Vordergrund stehen. Gleichzeitig ist Sport auch immer ein Abbild der Gesellschaft: Im Alltag begegnen wir einer Vielzahl von frei verkäuflichen leistungssteigernden Mitteln, deren Einnahme inzwischen kein Aufsehen mehr erregt – nicht nur SpitzensportlerInnen werfen chemische Aufrüster ein, auch NormalbürgerInnen greifen zur Droge, für die Freizeit oder für den Job – wir leben in einer gedopten Gesellschaft. Deshalb brauchen wir gesamtgesellschaftlich einen gesünderen Umgang mit Leistungsdruck und ein normales Verhältnis zu den physischen und psychischen Grenzen des Menschen. Wir fordern eine stärkere Gewichtung der Fördermittel zu Gunsten von Vereinen, die über ihr sportliches Engagement hinaus besondere Angebote zur Verfügung stellen, wie zum Beispiel Kurse für gesunde Ernährung, gesundheitsorientiertes Training und Einstiegsmöglichkeiten zum Leistungssport aufzeigen.

Sport muss für uns ökologisch verträglicher Sport sein. Genauso, wie wir gegen den Raubbau am Körper des Menschen eintreten, fordern wir umweltverträgliche Sportstätten, sowie die umweltschonende Sportausübung. Wir wollen mehr öffentliche Sportplätze mit guter Verkehrsanbindung, die für jede und jeden frei zugänglich ist. Ferner wollen wir die strikte Geschlechtertrennung im Sport, insbesondere in Teamsportarten, aufbrechen.

Tierschutz und Tierrechte

Tiere schützen

Vor allem Leid ist eines der elementarsten Kriterien in ethischen Entscheidungen. Da wir großes Leid als etwas Negatives ansehen, setzen wir uns in politischen Entscheidungen dafür ein, solches Leid möglichst zu

lindern, am besten vollkommen zu beseitigen. Da es weiter wissenschaftlicher Konsens ist, dass viele Tiere nicht bloß biologische Maschinen sind, sondern die Fähigkeit besitzen, Schmerz und Leid zu empfinden, beziehen wir sie in ethische Entscheidungen mit ein.

Macht und Stärke (des Menschen) bedeuten für uns auch Verantwortung, daher sollen die Menschen ihren Umgang mit Tieren rechtstaatlich regeln, um möglichst das genannte Kriterium der Leidverhinderung nicht zu verletzen. Der Schutz und die Rechte der Tiere als empfindungsfähige Lebewesen sind von den Grundsätzen „urgrün“, da es um nichts anderes geht als eine Vermeidung von Ausbeutung und willkürlicher Diskriminierung und um gleiche Berücksichtigung von vergleichbaren Bedürfnissen. Daraus folgt sogar ein ökologisch positiver Nebeneffekt.

Umgang mit Tieren

Obwohl laut Artikel 20a des Grundgesetzes Tierschutz ein Staatsziel ist, steht mächtigen wirtschaftlichen Interessen derzeit kein starkes Tierschutzgesetz gegenüber. Das jetzige Tierschutzgesetz ist qualitativ ungenügend und verringert kaum – geschweige denn verhindert – Tierleid, wie zum Beispiel in der Massentierhaltung. Es muss außerdem ein Verbandsklagerecht geben, damit das Tierschutzgesetz kein Papiertiger bleibt.

Mehr als ein ökologisches Problem!

Tierschutz und Tierrechte sind mehr als ein Unterpunkt der Ökologie. Es umfasst ethische, kulturelle, wirtschaftliche, juristische und ökologische Bereiche und ist somit ein interdisziplinäres, politisch eigenständiges Oberthema. Beispielsweise ist der wirklich kritische Punkt bei einem Versuch an Menschenaffen nicht nur die Artenvielfalt, sondern vor allem das Leid des Individuums.

Daher ist es auch erstrebenswert für diese Thematik eigenständige, ministerielle Gremien auf Landes- und Bundesebene zu schaffen und nicht zum Beispiel der Landwirtschaft zuzuschieben.

Konkrete Konfliktfelder und Ansätze zu ihrer Lösung

Aktuelle Konfliktfelder sehen wir vor allem in den Bereichen Tierhaltung, globale Hungerkrisen, Ökologie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Tierversuche und Kultur. Unser erster Ansatzpunkt liegt in den hoch industrialisierten und wirtschaftlich erfolgreichen Teilen der Welt. Unser Fokus liegt zu allererst auf der breitenwirksam gekauften „Discounter- Salami“.

Konsum tierlicher Produkte

Den Konsum von tierlichen Produkten sehen wir aus folgenden Gründen kritisch: Die Produktion von tierlichen Produkten steht fast immer in der Gefahr erhebliches Leid auf Seiten des jeweiligen Tieres zu verursachen. Gerade die Tiere, die wir für unseren Konsum benutzen (unter anderem Rinder, Schweine, Hühner), sind nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen äußerst empfindungsfähig. Leid bei der Gewinnung von Tierprodukten entsteht Tieren unter anderem aus Kastration, Schnabelkürzungen, Leben auf zu engem Raum, möglicherweise ohne Sonnenlicht, das Auflösen von sozialen Gemeinschaften, insbesondere die Trennung von Muttertier und Jungem, Transport und am Schluss das angst- und schmerzvolle Schlachten.

Globale Hungerkatastrophen werden durch Fleischkonsum verstärkt, da mindestens die Hälfte des weltweiten Weizen- und Maisanbaus als Futtermittelanbau verwendet wird. Der Verlust der Biomasse bei der Fleischproduktion liegt bei ca. 90 Prozent, daher ist Fleisch mit das ineffizienteste Nahrungsmittel. Die Umweltbelastung durch Methan, CO₂ und Ammoniakdämpfe, Nitratverseuchung von Boden und Grundwasser, Abholzung des Regenwaldes für Futtermittel und vieles mehr sind Folgen der Tierproduktion. Gesundheitsbelastungen durch Pestizid-, Chemie- und Medikamentenrückstände, Cholesterin, gesättigte Fettsäuren und Übergewicht sind Folgen vom Fleischkonsum der reichen Industrieländer. Demgegenüber wird eine vegetarische Ernährung von Ernährungswissenschaftlern als besonders gesund empfohlen. Wir setzen uns dafür ein, dass massenhaft und unbiologisch produzierte Tierprodukte nicht mehr subventioniert werden. Sojaprodukte sollten als Grundnahrungsmittel gelten und daher günstiger besteuert werden. Außerdem sind wir für eine bessere Kennzeichnung von vegetarischen und veganen Produkten.

Tierversuche

Wir lehnen alle Tierversuche aus ethischen und wissenschaftlichen Gründen ab. Wir sprechen uns für einen sofortigen Stopp aller Tierversuche sowie eine sofortige Beendigung aller staatlichen Subventionen für diese aus. Zudem fordern wir eine verstärkte staatliche (finanzielle und inhaltliche) Förderung tierversuchsfreier Alternativmethoden. Die Erfolge von Tierversuchen sind umstritten, allenfalls äußerst mager. In alternative Forschung wird nur nicht investiert, da hinter der Tierversuchsindustrie eine reiche Lobby steckt, die eine wirkliche Aufklärung verhindert. Bis nicht alle wichtigen Tierversuche durch Alternativmethoden ersetzbar sind, schlagen wir folgenden Kompromiss vor: Alle Tierversuche, die wissenschaftlich belegbar einen rechtfertigenden Erfolg herbeiführen würden, könnten zusätzlich von einer Ethikkommission (bestehend aus Sachverständigen, TierschützerInnen und TierrechtlerInnen) untersucht werden. Die Ethikkommission untersucht jeden einzelnen Fall auf ethische Tragbarkeit und ist ermächtigt den Versuch im Zweifelsfall zu verhindern. So sind z. B. Tierversuche für Kosmetika und neue Lebensmittelfarben nicht vertretbar.

Zoos und Unterhaltungsindustrie

Wir befürworten Zoos nur, wenn Tiere, die in freier Wildbahn aussterben würden, unter so naturnahen Bedingungen gehalten werden, dass eine Auswilderung prinzipiell immer möglich bleibt und angestrebt wird. Erster Schritt muss aber die Erhaltung der natürlichen Lebensräume bleiben.

Tiere in der Unterhaltungsindustrie lehnen wir grundsätzlich ab, da es ein vollkommen unnötiges Leid unter nicht artgerechten Bedingungen bedeutet. Insbesondere lehnen wir Wildtiere in Zirkus und Fernsehserien ab sowie den Stierkampf ab. Wir bewerten in diesem Fall das individuelle Interesse der Tiere nicht zu leiden wichtiger als das kulturelle und spaßorientierte Interesse der Menschen.

V. DEMOKRATIE

Einführung

Demokratie lebt von der aktiven Teilhabe und der Mitbestimmung aller Bürgerinnen und Bürger. Demokratie wird uns jedoch nicht in die Wiege gelegt, sie muss erlernt und verteidigt werden, sie muss sich jeden Tag neu bewähren. Gerade in schwierigen Zeiten wachsen die Zweifel an der Demokratie. Dem wollen wir mit Demokratieverziehung und weit reichenden Partizipationsmöglichkeiten entgegenwirken.

Rechtsextremismus bekämpfen

Wir treten gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein. Das Engagement gegen Rechts ist für uns kontinuierlicher und grundlegender Bestandteil unserer politischen Arbeit. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung, Toleranz und Fairness, das jeglichen rechtsextremistischen Tendenzen den Nährboden entzieht.

Miteinander stärken

Deutschland ist schon seit langer Zeit ein multikulturelles Einwanderungsland. Fremdenfeindliche und rechtsradikale Propaganda muss mit allen zur Verfügung stehenden rechtstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Doch staatliches Handeln ist begrenzt: Wir müssen ein positives gesellschaftliches Klima für Zuwanderung und Integration schaffen. Doch für ein wirkliches Miteinander bedarf es auch der positiven Fassung von Multikulturalität.

Schon an den Schulen muss die Menschenrechtserziehung einen gewichtigen Platz einnehmen, die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe müssen in den Unterricht einbezogen werden. Nur wer voneinander weiß, kann sich gegenseitig verstehen, übereinander lernen und miteinander leben.

Demokratie ist kein einmaliger Vorgang

Demokratie lebt von der Partizipation aller. Es reicht nicht, sich einmalig für die Demokratie als Staatsform entschieden zu haben, wir müssen den Begriff jeden Tag neu mit Leben füllen. Historische und politische Bildung ist ein elementarer Bestandteil bei der Erziehung zur Demokratie. Eine lebendige Erinnerungskultur ist dabei ein unverzichtbarer Mahner an menschenfeindliche Diktaturen. Wir müssen aus den Verbrechen der Vergangenheit immer wieder aufs Neue die richtigen Lehren ziehen. Eine Schlussstrichdebatte wird es mit der GRÜNEN JUGEND NRW nicht geben!

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus braucht starke zivilgesellschaftliche Kräfte, denn nur eine starke, demokratische und solidarische Gesellschaft ist ein Garant für Freiheit und Demokratie und gegen Intoleranz, Fremdenhass und andere Formen von Ausgrenzung.

Auf Ängste und Sorgen eingehen

Oftmals fallen rechte Parolen dort auf fruchtbaren Boden, wo die Menschen sich mit ihren Ängsten und Sor-

gen allein gelassen fühlen. Die Politik muss diese Probleme ernst nehmen und mehr als blumige Worte anbieten. Die demokratischen Kräfte dürfen sich nicht zurückziehen und die Menschen in strukturschwachen Regionen ihrem Schicksal und der vermeintlichen Rettung durch die Rechten überlassen. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und gesellschaftliche Hoffnungslosigkeit ist auch ein Kampf für die Demokratie.

Besonders Jugendlichen mangelt es oft an Perspektiven und Angeboten. Die Jugendarbeit muss besonders dort gestärkt und finanziell auf ein solides Fundament gestellt werden, wo Perspektivlosigkeit und Langeweile den Alltag bestimmen.

Strategien gegen Rechts

Die Bedrohung durch den Rechtsextremismus erfordert andauerndes und nachhaltiges Handeln. Konsequente Aufklärung über rechte Parolen, Ziele, Symbole und Codes sowie über ihre Aktivitäten ist Bestandteil einer umfassenden Strategie gegen Rechtsextremismus. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die Ausschöpfung aller rechtstaatlichen Mittel im Kampf gegen Rechts. Durch Prävention, Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und verbesserter politischer Bildung wollen wir das Abrutschen gerade junger Menschen an den rechten Rand der Gesellschaft verhindern und bekämpfen. Rechtsradikale Propaganda, die vielfach genau auf Kinder und Jugendliche zugeschnitten ist, muss eingedämmt werden. Wir bekämpfen Rechtsextremismus politisch. Das Verbot von Organisationen und besonders von Parteien muss die Ausnahme bleiben. Die Grundlagen für ein erneutes Verbotverfahren gegen die NPD müssen gelegt werden. Wenn die Bedingungen erfüllt werden und ein Erfolg sicher ist, muss ein Verbotverfahren gegen die NPD durch eines der drei berechtigten Verfassungsorgane in die Wege geleitet werden. Ziel ist, die finanziellen, personellen und organisatorischen Strukturen der NPD zu zerschlagen. Verbote und harte Bestrafungen für rechtsradikal motivierte Straftaten sind aber nur eine Seite der Medaille. Ebenso müssen AussteigerInnenprogramme aktiv gefördert und ausgebaut werden. Auch die Sensibilität an Schulen und in Jugendeinrichtungen für rechtsextreme Tendenzen muss steigen, letztlich muss es auch für Angehörige und Bekannte von Rechtsextremen Anlaufstellen und Beratungsangebote geben.

Freiheit und Sicherheit

Die bürgerlichen Freiheitsrechte definieren fundamentale Grundrechte für den Erhalt der Demokratie, sie legen zentrale Rechte und Pflichten des Staates gegenüber seinen BürgerInnen fest, sie stellen jede Bürgerin und jeden Bürger unter seinen Schutz, bewahren sie/ihn aber auch vor der Willkür des Staates. Die BürgerInnenrechte müssen auch im Zuge eines immer stärker werdenden Sicherheitsbestrebens Bestand haben. Wir dürfen nicht für ein scheinbares Mehr an Sicherheit unsere Freiheit einschränken oder gar aufgeben.

Es ist Fundament des Rechtsstaates, dass jeder Mensch solange als unschuldig gilt bis das Gegenteil bewiesen ist. An diesem Grundsatz der Unschuldsvermutung muss sich auch jede neue Sicherheitsmaßnahme messen lassen. Anstatt den BürgerInnen durch einschneidende Maßnahmen vollkommene Sicherheit vorzugaukeln, ist es Aufgabe des Staates Bedrohungen an ihren Wurzeln zu bekämpfen!

Privatsphäre muss privat bleiben

„Wer sich nichts zu schulden kommen lässt, hat auch nichts zu verbergen!“ Mit diesem Argument wird häufig versucht, die KritikerInnen von Schnüffelsoftware, Videoüberwachung und anderen Sicherheitsmaßnahmen bloßzustellen. Doch nur weil etwas nicht verboten ist, gehört es noch lange nicht an die Öffentlichkeit. Das hat nichts mit Heimlichtuerei, sondern schlicht mit dem Schutz der Privatsphäre zu tun. Ein zunehmend großer Teil unseres Lebens spielt sich online bzw. auf dem PC ab, der deshalb genauso unverletzlich bleiben

muss, wie es auch die eigenen vier Wände sind. Der Staat hat nichts in privaten Daten zu suchen und schon gar nicht ohne die Ausgespätten darüber zu informieren.

Die GRÜNE JUGEND NRW lehnt Eingriffe in die digitale Privatsphäre, wie Online-Durchsuchungen, als unverhältnismäßig und schlicht verfassungswidrig ab! Wer wirklich etwas zu verbergen hat, wird ohne Probleme auf andere Kommunikationswege zurückgreifen. Gerade die geplanten Online-Durchsuchungen sind technisch kaum verlässlich umsetzbar, bergen aber eine enorm hohe Missbrauchsgefahr und liefern trotzdem so gut wie keine neuen Informationen für die Ermittlungsbehörden.

Öffentlichkeit darf nicht überwacht werden

Genauso wie wir in unseren eigenen vier Wänden Privatsphäre genießen, müssen wir uns auch in der Öffentlichkeit frei bewegen können, ohne auf Schritt und Tritt überwacht zu werden. Wir lehnen deswegen die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen grundsätzlich ab! Die Überwachung mit Kameras ist ungeeignet, um die Kriminalität zu verhindern, Straftaten werden lediglich in Seitenstraßen oder an andere Plätze verdrängt. Selbst eine flächendeckende Überwachung bietet nicht mehr Sicherheit, sondern schränkt stattdessen die persönliche Freiheit jeder und jedes Einzelnen ein. Permanente Überwachung führt zu angepasstem Verhalten – in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft, die sich auch durch ihre Vielfalt auszeichnet, ist eine solche Entwicklung fatal.

Anstatt wirksam terroristische Anschläge zu verhindern, nimmt die Videoüberwachung alle – vor allem unschuldige BürgerInnen – ins Visier und stellt sie unter Generalverdacht. Für uns ist dies nicht hinnehmbar. Die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Einrichtungen muss ein für alle mal ein Ende haben!

Meine Daten gehören mir!

Generell muss gelten, dass so wenig persönliche Daten wie möglich aufgezeichnet und gespeichert werden. Es darf nicht sein, dass anhand aller gespeicherten Daten ein lückenloses Profil über jede Bürgerin und jeden Bürger erstellt werden könnte. Als ein vieldiskutiertes Beispiel die Vorratsdatenspeicherung: Sie führt die Unschuldsvermutung ad absurdum, denn es werden massenhaft Daten von Personen gespeichert, über die keinerlei Verdachtsmomente oder Gefahrenhinweise vorliegen. Zur Gefahrenabwehr tragen diese Daten praktisch überhaupt nicht bei, dafür bedeuten sie einen eklatanten Eingriff in Privatsphäre und Freiheitsrechte.

Wenn schon Daten über Bürgerinnen und Bürger gespeichert werden müssen, wie in den Melde- und Finanzämtern, dann müssen diese so dezentral wie möglich gehandhabt werden. Denn gerade von zentralen Registern geht eine noch höhere Gefahr des Missbrauchs und der lückenlosen Überwachung aus. Bei solch großen Mengen an Daten konzentriert an einer Stelle ist eine Zweckentfremdung besonders leicht umsetzbar.

Bedrohungen an der Wurzel bekämpfen

Anstatt die Bevölkerung in einer vorgetäuschten Sicherheit zu wiegen, muss es Aufgabe des Staates sein, potentielle Bedrohungen von vornherein zu bekämpfen. Dazu bedarf es weder der Überwachung des öffentlichen Raumes, noch des Eingriffes in persönliche Freiheitsrechte. Auch die Schaffung einer FBI-ähnlichen Superbehörde, in der sämtliche Kompetenzen der bisherigen Geheimdienste, Landes- und Bundeskriminalämter gebündelt werden, hilft nicht bei der Ursachenbekämpfung.

Starke und weit verbreitete Zivilcourage ist oft deutlich hilfreicher als die beste Videokamera. Statt umfassende Gefahren heraufzubeschwören, müssen wir von einer Kultur des Wegschauens hin zu einer Kultur des Sich-Einmischens kommen. Durch eine bessere finanzielle Ausstattung von sozialen Projekten kann Gewalt entgegengewirkt und Zivilcourage aufgebaut werden.

Mehr Zivilcourage

Statt den Überwachungsstaat immer weiter auszubauen, setzen wir auf die Zivilcourage der BürgerInnen, um für ein sicheres und angenehmes Miteinander zu sorgen. Die Polizei muss von lästigen Ordnungsaufgaben befreit werden, damit sie sich wieder ihren Kernaufgaben widmen kann. Um Vorurteile abzubauen, Klischees entgegenzuwirken und die Akzeptanz in der Gesamtbevölkerung zu stärken, wollen wir den Anteil von MigrantInnen bei der Polizei und den Ordnungsämtern deutlich erhöhen. Damit der ÖPNV auch nachts noch attraktiv für alle ist und keine Angsträume entstehen, können FahrgastbegleiterInnen eine sinnvolle Maßnahme sein.

Partizipation

Demokratie zeichnet sich durch die aktive Teilnahme aller BürgerInnen aus. Allen Menschen, die von Politik betroffen sind, muss es auch möglich sein, über diese zu entscheiden, an dieser mitzuwirken und sie aktiv zu gestalten. Demokratie ist für uns mehr als der Gang zur Urne. Bis von einer echten Demokratie, von Volksherrschaft, gesprochen werden kann, bedarf es weiterer Möglichkeiten zur Partizipation. Als Jugendorganisation setzen wir uns zudem insbesondere für die politische Mitbestimmung von jungen Menschen ein.

Volksentscheide ausbauen

Alle Gewalt geht vom Volke aus. So zumindest steht es im Grundgesetz. Doch einmal alle paar Jahre seinen Willen durch ein Kreuzchen auf einem Wahlzettel kund zu tun, reicht unserer Meinung nach nicht aus! Die GRÜNE JUGEND NRW setzt sich deshalb für mehr direkte Demokratie ein. Eines der wichtigsten Instrumente direkter Demokratie sind Volksentscheide, denn bei Themen, die alle betreffen, müssen auch alle mitbestimmen dürfen.

Volksentscheide sind besonders dann wichtig, wenn Entscheidungen gefällt werden, welche die Menschen direkt betreffen und deren Auswirkungen sie unmittelbar zu spüren bekommen. Wir wollen alle Themen für Volksentscheide öffnen, es dürfen nicht ganze Themenfelder wie zum Beispiel die Finanzen ausgenommen werden. Dazu müssen die Hürden für Volks- und BürgerInnenentscheide reduziert werden. Die Anzahl der benötigten Unterschriften muss gesenkt und die Sammelfristen verlängert werden. Gerade wenn die BürgerInnen merken, dass sie direkt über die Politik mitbestimmen können, dass sie direkten Einfluss haben, kann das Politikverdrossenheit entgegenwirken, denn es sind nicht nur „die da oben“, sondern alle, die mitbestimmen.

Wahlalter senken

Eine große Gruppe von Menschen hat heute keine Möglichkeit, bei Wahlen ihren Willen zu äußern: Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. In manchen Kommunen gibt es zwar schon Kinder- und Jugendparlamente, doch ihre Einflussmöglichkeiten sind begrenzt. Sie haben oft nur beratende Wirkung und kein Recht Anträge zu stellen. Die GRÜNE JUGEND NRW macht sich daher für eine Absenkung des Wahlalters stark. Gerade angesichts des demografischen Wandels muss Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden,

sich zu beteiligen. Ein StellvertreterInnen- oder Familienwahlrecht lehnen wir entschieden ab. Es ist nicht im Sinne der Demokratie, Stimmen wiederum zu delegieren.

Wir fordern daher die Absenkung des aktiven und des passiven Wahlalters auf 14 Jahre. Es gibt viele Jugendliche, die sich auch schon im Alter von 14 Jahren für Politik interessieren und reif genug zum Wählen sind, mit 14 Jahren beginnen die Strafmündigkeit sowie die volle Religionsmündigkeit. Außerdem ist man kein Kind mehr im Sinne strafrechtlicher Schutzvorschriften. Kinder und Jugendliche sind nicht mehr oder weniger beeinflussbar als erwachsene WählerInnen. Studien belegen, dass Jugendliche nicht extremere Positionen wählen als Erwachsene und dass ihr Wahlverhalten sogar in etwa die Durchschnittsergebnisse widerspiegelt.

Reformiertes Wahlrecht

Die GRÜNE JUGEND NRW setzt sich für ein demokratischeres Wahlrecht ein, wie es schon in allen Bundesländern mit Ausnahme von NRW und Berlin der Fall ist. Die Einführung des Kumulierens und des Panaschierens, also der Verteilung von Stimmen auf KandidatInnen mehrerer Listen oder von mehreren Stimmen auf eine/einen KandidatIn, sorgt für eine deutlichere Projektion des BürgerInnenwillens und somit auch für eine transparentere Demokratie.

Politische Bildung für alle

Die beste Demokratie kann nicht funktionieren, wenn die BürgerInnen nicht aufgeklärt an die Wahlurne gehen. Deshalb muss es in einer funktionierenden Demokratie auch funktionierende Medien und eine freie Presse geben, die nicht irgendwelchen Lobbygruppen verpflichtet sind. Ebenso müssen Informationen, die zur politischen Meinungs- und Willensbildung unerlässlich sind, auch in kindergerechter Sprache verfasst sein.

Genauso darf der Politikunterricht in der Schule nicht nur die Grundlagen unserer Demokratie erläutern, sondern muss auch erklären, welche Möglichkeiten es gibt, sich politisch zu engagieren und an der Demokratie teilzuhaben. Doch politische Bildung fängt nicht erst in der Schule an, schon im Kindergarten müssen Kinder erfahren und lernen, was Demokratie bedeutet.

VI. EUROPA UND INTERNATIONALES

Einführung

Die GRÜNE JUGEND NRW legt ihren außenpolitischen Positionen den unbedingten Willen zum Frieden, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Achtung der Menschenrechte und die Überwindung globaler Ungerechtigkeit zugrunde. Unsere Vision ist eine Welt, die frei von Krieg und Gewalt ist. Wir kämpfen für Völkerverständigung und internationale Solidarität. Regionale Zusammenarbeit in Staatenverbänden bietet zentrale Perspektiven für eine friedliche Weltordnung. Bündnisse, wie die Europäische Union, müssen aber demokratisch aufgebaut und sozial ausgestaltet sein.

Frieden kann nur gelingen, wenn es weltweite Gerechtigkeit gibt. Ein Welthandelssystem, das für die einen Überfluss und für die anderen Hunger bringt, kann keine Basis für Frieden sein. Die unkontrollierte Globalisierung von Kapital und Arbeitskraft führt weltweit zu Ausbeutung und Ungerechtigkeit. Die Tolerierung und oftmals sogar Förderung von Diktaturen widerstrebt unserer Vision einer demokratischen Welt. Wir wollen weltweite Institutionen verhindern, die nur die Macht der Industrieländer und die Abhängigkeit der weniger entwickelten Staaten zementieren. Auch die ökologische Herausforderung ist zu einer Frage globaler Sicherheit geworden, die nur gelöst werden kann, wenn die Industriestaaten von sich aus den entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten. Frieden auf der Welt kann nur gelingen, wenn Konfliktherde früh erkannt und weltweit entsprechende Mechanismen zu gewaltfreier Konfliktlösung etabliert werden.

Europäische Union

Die Europäische Integration ist das Erfolgsmodell internationaler Politik und Zusammenarbeit! Durch den Entschluss Frankreichs, Italiens, der Benelux-Staaten und der BRD vor über 50 Jahren, spezielle wirtschaftliche Probleme nicht mehr nationalstaatlich, sondern gemeinschaftlich zu lösen, ist ein Prozess in Gang gesetzt worden, der bis heute Frieden und Kooperation zwischen ehemaligen ErzfeindInnen sichert.

Doch dieser Prozess ist noch längst nicht abgeschlossen, so ist auf vielen Feldern der EU-Politik noch einiges zu tun. Die GRÜNE JUGEND NRW setzt sich für ein Europa ein, in welchem die Nationalstaaten zugunsten eines gemeinsamen Bundesstaates Europa mehr und mehr an Bedeutung verlieren. Wir wollen auch in den anderen EU-Mitgliedsstaaten für unsere Idee eines europäischen Bundesstaates werben. Dies bedeutet keine Abschottung nach außen. Die Grenzen der Union sollen offen gestaltet sein. Intensive Nachbarschaftspolitik ist dabei ein Muss!

Noch viel zu oft bleiben die sozialen und ökologischen Aspekte hinter denen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des freien Handels zurück. Dabei definiert sich die Europäische Union gerade als Wertegemeinschaft, die neben einem freien, einheitlichen Wirtschaftsraum auch in den Bereichen Umweltschutz, Gesundheit, soziale Sicherheit, BürgerInnenrechte, Außen- und Sicherheitspolitik, innerer Sicherheit, Bildung, Migration und Gleichstellung immer enger zusammenarbeitet. Die EU muss in diesen Bereichen eine Vorbildfunktion übernehmen.

Für viele, vor allem Jüngere, ist der Begriff Europa grundsätzlich positiv besetzt: Es steht für grenzenloses Reisen, für SchülerInnenaustausch, für ein Studium im Ausland. Trotzdem gibt es, gemessen an der alltägli-

chen Bedeutung der EU, ein Wissensdefizit über das Funktionieren der EU und ihrer Institutionen. Wir wollen Europa stärker ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger bringen und das Interesse an europäischen Themen wecken und fördern.

Für eine demokratische und transparente Union

Die GRÜNE JUGEND NRW unterstützt die Idee einer gemeinsamen europäischen Verfassung und dem damit verbundenen Streben nach gemeinsamen Grundwerten, Grundrechten und Symbolen – kurzum einem europäischen Bundesstaat mit einer gemeinsamen europäischen Identität.

Diese Identität darf aber nicht von nationalstaatlichen Egoismen geprägt sein, vielmehr muss sich Europa als ein Europa der Regionen verstehen. So gibt es bereits heute etliche so genannte Euregios, die grenzübergreifend und weitgehend unabhängig von den Nationalstaaten agieren und regionale, grenzüberschreitende Politik betreiben. Damit dieses Modell weiter ausgebaut werden kann, muss es zu grundlegenden Änderungen im Aufbau und den Kompetenzen der EU geben. Unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips müssen mehr und mehr Kompetenzen von den Nationalstaaten weg hin zur EU. Nationalgrenzenübergreifende Regionen sollen mehr Gestaltungsspielraum erhalten. Einen europäischen Zentralstaat lehnen wir ab. Die EU soll die Rahmenbedingungen vorgeben, die Regionen aber innerhalb dieses Rahmens weitestgehend autonom handeln.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert grundlegende Änderungen in der Struktur der EU, so müssen die Entscheidungsgremien der Europäischen Union weit mehr als bisher demokratisch legitimiert werden. Das Europäische Parlament als gewählte Vertretung aller EU-BürgerInnen muss endlich zu einer Volksvertretung werden. Es muss uneingeschränktes Budgetrecht bekommen, Gesetzesakte initiieren dürfen und die Europäische Kommission wählen. Vor allem aber muss es den Vorbehalt bei sicherheits- und außenpolitischen Missionen und Auslandseinsätzen erhalten, wie zum Beispiel bei den europäischen Peacekeeping-Missionen

Der Rat der EU wird zu einer Vertretung der Regionen und wirkt bei der Gesetzgebung als zweite Kammer mit, wodurch er weitere Stärkungen seiner Kompetenzen erhält. Bei einer immer größer werdenden EU ist es allerdings notwendig, dass das Einstimmigkeitsprinzip im Rat zu Gunsten von doppelten Mehrheitsentscheidungen abgebaut wird.

Die Kommission soll in Zukunft die Aufgaben einer europäischen Regierung wahrnehmen. Dies bedeutet, dass sie weiterhin das Initiativrecht für Rechtsakte behält und die Beschlüsse von Rat und Parlament ausführt. Außerdem vertritt sie durch eineN EU-AußenministerIn die EU auf internationaler Ebene und führt den Haushalt der EU aus.

Eine EU-Verfassung muss dringend bei der Mehrheit der Bevölkerung in den EU-Mitgliedsstaaten Zustimmung finden. Über diese Verfassung soll dann durch ein europaweites Referendum und nicht durch nationale Volksentscheide abgestimmt werden. Ebenso sind europaweite Referenden als Mittel der direkten Demokratie zuzulassen.

Die EU als Vorreiterin

Schon heute setzt die EU in vielen Bereichen Maßstäbe. Sie muss sich jedoch verstärkt um Sozial-, Umwelt-, Friedens-, und BürgerInnenrechtspolitik kümmern! Gerade im Bereich der Sozialpolitik gibt es teilweise gravierende Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten, was zu innereuropäischem Sozialdumping führt. Die GRÜNE JUGEND NRW macht sich daher für einheitliche soziale Mindeststandards auf hohem Niveau stark. Diese gemeinsamen Standards müssen auch Grundlage bei Handelsabkommen mit Drittstaaten sein.

Die EU muss eine Vorreiterinnenrolle in der Antidiskriminierungspolitik einnehmen und sich weiterhin verstärkt für die rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen, MigrantInnen, Menschen mit Behinderungen und anderen Minderheiten stark machen. Die Gleichstellung von Frau und Mann ist für uns zentrales Anliegen einer fortschrittlichen Gesellschaft und muss deshalb bei allen politischen Entscheidungen in der EU beachtet werden.

Wir wollen mehr als einen elitären Club!

Das Gesicht der EU hat sich schon oft gewandelt und wird es auch noch häufig tun. Wir setzen uns für eine Erweiterung, auch über das christliche Abendland hinaus, und Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit ein. Die GRÜNE JUGEND NRW befürwortet deshalb auch ausdrücklich den Beitritt der Türkei zur EU. Schon allein die Aussicht auf einen Beitritt hat in der Türkei für erhebliche demokratische Reformen gesorgt, wir sehen jedoch noch weiteren Handlungsbedarf bis die Türkei in die EU aufgenommen werden kann. Gerade die Mitgliedschaft der Türkei würde Verständigung und die multikulturelle Identität innerhalb der EU stärken.

Die EU darf sich nicht von dem Rest der Welt abschotten. Nicht Flüchtlinge sondern Fluchtursachen müssen zukünftig bekämpft werden! Die GRÜNE JUGEND NRW fordert eine grundlegende Reform der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik. Zäune oder andere Anlagen an den Außengrenzen halten Flüchtlinge und Asylsuchende nicht davon ab, Zuflucht in Europa zu suchen, sie bringen sie nur in erhebliche Lebensgefahr. Wir fordern daher den Abbau der Grenzanlagen an allen EU-Außengrenzen. Die EU muss sich verstärkt dafür einsetzen, die Fluchtursachen zu bekämpfen!

Die Genfer Flüchtlingskonvention erkennt derzeit Menschen als Flüchtlinge an, die aufgrund ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden. Armut- oder Wirtschaftsflüchtlinge sowie Umwelt- und Klimaflüchtlinge werden bisher nicht als diese anerkannt. Wir fordern eben diese Anerkennung, eine Auf- oder Abwertung von Menschenleben aufgrund unterschiedlicher Fluchtursachen weisen wir vehement zurück!

Durch das Dubliner Übereinkommen müssen Flüchtlinge in dem ersten europäischen Land, das sie betreten, den Antrag auf Asyl stellen. Dies führt zum Auseinanderreißen von Familien und dem Abschieben des "Flüchtlingsproblems" an die Ränder der EU. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, die Drittstaatenregelung sofort außer Kraft zu setzen, die Asylsuchenden entsprechend der Kapazitäten und mit Berücksichtigung auf Familienangehörige gleichmäßig auf alle EU-Länder zu verteilen. Damit den Flüchtlingen in den Hauptaufnahmeländern wie Spanien, Griechenland und Italien eine menschenwürdige humanitäre Hilfe gewährleistet werden kann, benötigen diese ausreichende finanzielle Unterstützung aus EU-Mitteln.

Für eine Welt ohne Grenzen

Migration hat es schon immer in der Geschichte der Menschheit gegeben. In gewisser Weise ist jeder Mensch eine/ein MigrantIn. Deshalb wollen wir uns für erleichterte Zuwanderung und mehr globale Mobilität einsetzen. Wir streben deshalb eine Welt ohne Grenzen an, in der es ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit für alle Menschen gibt.

Auf in die europäische Wissensgesellschaft

Europa ist vielen vor allem durch Austauschprogramme ein Begriff. Hier lernen sie zum ersten Mal außerhalb des Urlaubs die Kultur und Lebensart unserer europäischen NachbarInnen kennen. Die GRÜNE JUGEND NRW begrüßt die Entwicklung dieser Programme und fordert ihren konsequenten und stetigen Ausbau.

Dazu bedarf es einer Erhöhung des Etats für Jugend, Kultur und Bildung, der heute mit gerade mal 0,5% der Gesamtausgaben der EU ein Schattendasein führt. Wir fordern ein politisches und finanzielles Bekenntnis für mehr Austausch, Kultur und Bildung, denn gerade in diesen Bereichen liegt der Schlüssel für ein europäisches Bewusstsein und eine gemeinsame Identität.

Programme wie „Sokrates“ (Schul- und Hochschulaustausch), „Jugend“ (Europäischer Jugenddienst), „Lingua“ (Spracherwerb) und Da Vinci (Ausbildungsaustausch) müssen ausgebaut werden. Damit nicht die soziale Herkunft über die Teilnahme an diesen Programmen entscheidet und alle jungen Menschen in gleichem Maße von Europa profitieren können, müssen diese Programme finanziell ausgebaut und stärker beworben werden.

Damit jede Europäerin und jeder Europäer in den Genuss dieser Programme kommt und nicht an der Sprache scheitert, wollen wir, dass in allen weiterführenden Schulen mindestens zwei Fremdsprachen zur Pflicht werden. Genauso muss in den Schulen das Wissen über europäische Kultur, Geschichte und Politik gelehrt werden.

Internationale Organisationen stärken

Internationale Organisationen, wie die Vereinten Nationen, die Interparlamentarische Union (IPU), Weltbank und WTO sollten ihr Potential nutzen, um internationalen Frieden zu fördern, Konflikte zu lösen und eine gerechte Weltordnung zu verwirklichen.

In der Vergangenheit und der Gegenwart wurden diese internationalen Gremien jedoch viel zu häufig genutzt, um machtpolitische Interessen zu manifestieren und westliche Wertesysteme zu propagieren. Um internationalen politischen Entscheidungen mehr Legitimität zu geben, bedarf es einer stärkeren parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Kontrolle.

Die GRÜNE JUGEND NRW sieht eine Tendenz im 21. Jahrhundert zur machtpolitischen Instrumentalisierung demokratischer Prinzipien von Seiten westlicher Regierungen. Zudem kritisiert sie scharf militärische Interventionen im Namen der Demokratie, wie der Irakkrieg beispielhaft verdeutlichte. Auch von der Vorstellung, dass Demokratie in derselben Form, wie sie in Europa oder den USA besteht, in andere Länder übertragbar sei, müssen wir uns verabschieden.

Demokratie nach westlichen Wertvorstellungen ist nicht universell anwendbar, wenn wir dies nicht begreifen, dann führen wir unsere Welt nur noch tiefer in internationale Krisen und Konflikte hinein. Demokratische Transformation ist ein langer Prozess, der auch von den Menschen in einem Land verstanden, gewollt und unterstützt werden muss. Kulturspezifische Werte und Traditionen müssen damit vereinbart werden. Dieses Grundverständnis muss auch bei der Durchführung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit eine primäre Rolle spielen. Solange dies nicht so ist, bleibt sie ein ambivalentes Projekt.

UNO fit für das 21. Jahrhundert machen!

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert eine umfassende Reform der Vereinten Nationen und ihrer Gremien. Allein die UNO darf über das globale Gewaltmonopol verfügen. Viel zu oft und nicht nur in der jüngeren Vergangenheit hat sich allerdings gezeigt, dass die Vereinten Nationen in ihrer derzeitigen Aufstellung nicht mehr fähig sind, die Herausforderungen für den globalen Frieden und die globale Gerechtigkeit durchzusetzen. Viel zu oft ist es einzelnen Staaten oder einzelnen regionalen Blöcken gelungen, die UNO für ihre unilateralen Interessen auszunutzen. Diesen Fehler im System müssen wir überwinden!

Die UNO hat nur dann eine Zukunft, wenn sich die Gewichtung ihrer Gremien verändert. Besonders seit dem Zusammenbruch des Ostblocks wird UN-Politik fast nur noch im Sicherheitsrat gemacht. Nur diese elitäre Runde der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und Chinas, ergänzt um einige Gäste auf Zeit, ist die Stelle, an der über Krieg, Frieden und die Leitlinien einer gemeinsamen globalen Politik entschieden wird. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, dass sich Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen PartnerInnen für eine UN-Reform einsetzt, die die Entscheidungskompetenz der Generalversammlung deutlich stärkt. Für uns ist es eine Frage globaler Demokratie und Gerechtigkeit. Denn nur wenn gilt „one Country – one Vote“, sind Entscheidungen wirklich legitim und nur dann besteht auch die Chance, dass alle Länder gleichsam profitieren können – dies kann nur in der Generalversammlung erreicht werden!

Wir sind uns im Klaren darüber, dass viele Staaten in der UN von autoritären und diktatorischen Regimen geführt werden, die bei einer Stärkung der Generalversammlung stärker als bisher in die Entscheidungen eingebunden würden. Wir sind aber überzeugt, dass die Einbindung auch dieser Staaten in die zentrale Organisation des globalen politischen Systems einen inneren Wandel anstoßen kann. Die Ausgestaltung einer internationalen Organisation steht immer im Spannungsfeld von Demokratie und Legitimität einerseits und westlichem Kulturimperialismus andererseits. Dieses Spannungsfeld lässt sich nur dadurch auflösen, dass alle Seiten in einen offenen und gerechten Diskussionsprozess einbezogen werden. Zur weitergehenden Demokratisierung der Vereinten Nationen fordert die GRÜNE JUGEND NRW, dass auch oppositionelle Gruppen und AkteurInnen der Zivilgesellschaft noch stärker in deren Strukturen eingebunden werden.

Die GRÜNE JUGEND NRW erteilt den Bestrebungen nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat für Deutschland zu erwirken, eine klare Absage. Dabei ist die jetzige Konstellation schon zu stark auf die Industrieländer zentriert. Bis die Reformen der UN greifen und der Sicherheitsrat überflüssig wird, weil alle Staaten gemeinsam seine Aufgaben übernehmen, muss der Sicherheitsrat regional ausgewogener gestaltet werden. Wünschenswert ist ein gemeinsamer ständiger Sitz aller europäischer Staaten sowie eine stärkere Vertretung Afrikas und Lateinamerikas.

Die Vereinten Nationen sind in unseren Augen die einzige legitime Instanz für militärisch begleitete Einsätze in einzelnen Staaten. Peacekeeping-Missionen müssen künftig durch die Generalversammlung gebilligt werden. Staaten, die durch unilaterale oder multilaterale Einsätze außerhalb ihres Staatsgebiets dieses militärische Gewaltmonopol unterwandern, müssen sich vor der Völkergemeinschaft für diesen Bruch des Völkerrechts verantworten. Die Vereinten Nationen müssen durch die Nationalstaaten militärisch entsprechend unterstützt werden. Hierbei sind besonders die hochgerüsteten Staaten gefragt, ihre militärischen Kräfte allein in den Dienst der Völkergemeinschaft zu stellen und gleichzeitig massiv abzurüsten.

Frauen weltweit gleichberechtigten!

Wir fordern alle Gremien der Vereinten Nationen zur Hälfte mit Frauen zu besetzen. Da dieses Ideal nicht kurzfristig zu erreichen ist, sprechen wir uns für die Schaffung eines beratenden Frauengremiums aus, das einerseits die aktuellen politischen Diskussionen mitgestaltet und andererseits die Gleichberechtigung von

Frauen weltweit konkret ausgestaltet und durchsetzt. In Zukunft muss es statt bisher nur einer/einem GeneralsekretärIn zwei gleichberechtigte GeneralsekretärInnen geben. Diese Doppelspitze muss quotiert besetzt sein. Obwohl Frauen mehr als die Hälfte der Menschheit ausmachen, verdienen sie nur einen Bruchteil des globalen Lohns. Weiterhin ist in vielen Ländern die Genitalverstümmelung bei jungen Mädchen immer noch verbreitet. Auch werden fast ausschließlich Frauen Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Diese Probleme müssen auf internationaler Ebene angegangen werden.

Die Armen müssen draußen bleiben? Nicht mit uns!

Wir beobachten mit Sorge, dass besonders die industriell hoch entwickelten Staaten des Westens immer neue Wege suchen, das Entscheidungsmonopol der Vereinten Nationen zu untergraben. Besonders die Strukturen der G8, also der informellen Treffen der ehemals sieben größten Wirtschaftsnationen und Russlands, gehören abgeschafft. Eine von elitären Zirkeln gelenkte Völkergemeinschaft, die allenfalls in einer kumpelhaften Geste einige ausgewählte Entwicklungs- und Schwellenländer einbezieht, widerspricht unserem Leitbild von internationaler Solidarität zutiefst.

Wir erteilen den Versuchen, die G8 durch eine größere Runde zu ersetzen, beispielsweise eine G20, eine klare Absage. Internationale Gemeinschaft ist unabhängig von der volkswirtschaftlichen Stärke, flächenmäßiger Größe des Staatsgebiets oder regionaler politischer Bedeutung. Im Gegenteil: Eine gerechte Struktur bezieht alle Staaten ein und lässt global gelebte Demokratie zu.

Fair handeln für alle!

Ein gerechter Welthandel besteht nicht darin, dass einige wenige in reichen Ländern fair gehandelte Schokolade kaufen. Im Gegenteil: Es bedarf tief greifender Reformen der globalen Handelsstrukturen. Diese müssen besonders bei den so genannten Bretton Woods-Organisationen ansetzen, also der Weltbank, dem internationalen Währungsfonds und der Welthandelsorganisation.

Die Welthandelsorganisation (WTO) ist auf die Festschreibung einer ungerechten Welthandelsstruktur ausgerichtet. Ihre einseitige Orientierung auf die Öffnung der Märkte weltweit funktioniert nur einseitig zulasten der Entwicklungsländer und die dominanten AkteurInnen in der WTO, nämlich die Vereinigten Staaten und die Europäische Union, zeigen kein Interesse daran, dies zu ändern. Im Gegenteil folgt auf die Marktöffnung der Entwicklungsländer nur eine weitere Abschottung der Märkte der so genannten Ersten Welt.

Besonders die Exportsubventionen der EU müssen unterbunden werden. Durch sie sind die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte deutlich unter ein reales Niveau gesunken. Da die Entwicklungsländer aber auf dem Weltmarkt nur mit ihren Landwirtschaftsexporten bestehen können und zusätzlich durch die Strukturanpassungspolitik von IMF und Weltbank in die Exportorientierung ihrer Wirtschaft gezwungen werden, ist dies eine doppelte Ungerechtigkeit, die wir dringend beheben müssen!

Die WTO ist in ihrem heutigen Aufbau undemokratisch und damit illegitim. Wir glauben jedoch, dass sie eine wichtige Rolle für eine gerechte Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstands auf der Welt spielen kann. Dafür bedarf es aber tief greifender Reformen. Sie muss ihre Verantwortung für eine globale wirtschaftliche Gerechtigkeit endlich wahrnehmen! Die Ideologie der einseitigen Marktöffnung muss überwunden werden, denn nur dann und bei Beachtung sozialer und ökologischer Standards kann Freihandel für viele Länder eine Chance darstellen. Freiheit der weltweiten Handelsbeziehungen darf jedoch nicht Anarchie zulasten der Länder des globalen Südens bedeuten, sondern muss reguliert werden. Hier ist die Zukunftsaufgabe der WTO, die dafür enger an die Institutionen der Vereinten Nationen angegliedert werden muss. Das Konsensprinzip

kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Einfluss in der WTO ausschließlich von der wirtschaftlichen Stärke der einzelnen Mitgliedsstaaten abhängt. Das Streitschlichtungsgremium muss dahingehend überarbeitet werden, dass auch weniger entwickelte Staaten ihr Recht auf einen fairen Anteil am globalen Wohlstand einklagen können. Die MinisterInnenkonferenzen müssen dringend umgestaltet werden, sodass alle Mitgliedsstaaten an den Verhandlungen partizipieren und nicht nur diejenigen, die eine möglichst große Delegation entsenden. Besonders gilt dies für die Gespräche in den so genannten Green Rooms: Die Entwicklungsländer müssen draußen bleiben und haben Glück, wenn ihnen die Industrieländer danach erklären, was sie ausgehandelt haben. Und auch bei der WTO gilt: Die Industrieländer müssen ihr Wort halten, die Ziele der Doha Development Agenda müssen dringend umgesetzt werden!

Die GRÜNE JUGEND NRW setzt sich dafür ein, dass fair gehandelte und verantwortlich produzierte Güter im globalen Handelssystem bevorzugt werden.

Strukturen von Weltbank und IMF anpassen!

Internationaler Währungsfonds und Weltbank treiben trotz aller sozialen Rhetorik eine ungehemmte neoliberale Globalisierung der Wirtschaft voran. Bei der Kreditvergabe muss Schluss sein mit Riesenprojekten, die ökologisch und sozial meist katastrophale Auswirkungen haben. Auch hier muss die Maxime der Hilfe zur Selbsthilfe Basis sein, müssen Strukturen vor Ort geschaffen werden, in denen die Menschen gestärkt werden.

Der IMF zwingt nach wie vor viele von ihm unterstützte Staaten in so genannte Strukturanpassungsprogramme. Diese bedeuten fast immer eine vollständige Umkrepelung der inländischen Wirtschaft, eine einseitige Exportorientierung, Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und den Abbau von öffentlicher Beschäftigung. Diese Form der Fremdherrschaft einer Organisation über einen ganzen Staat und seine demokratisch legitimierten RepräsentantInnen lehnen wir entschieden ab! Der IMF muss sich stattdessen an die Bedingungen der heutigen Welt anpassen, ökologische und soziale Kriterien einbeziehen und die finanzielle Unterstützung nicht von der Durchsetzung der neoliberalen Wirtschaftsideologie abhängig machen.

Organisationen einer Weltfriedensordnung

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist aus Sicht der GRÜNEN JUGEND NRW eine der zentralen Stützen für die Implementation einer globalen Ordnung ziviler Konfliktbewältigung und -prävention. Sie muss endlich ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung durch die Mitgliedsstaaten erhalten. Die europäischen Nationalstaaten müssen die Chancen der OSZE anerkennen und fördern. Die OSZE kann Trägerin von zivilen Einsätzen sein, dafür bleibt die Unterstützung durch die europäischen Staaten aber unerlässlich. Die Ausbildung von Friedensfachkräften muss noch stärker forciert werden.

NATO abschaffen

Die NATO ist in unseren Augen lediglich eine Altlast des Kalten Krieges. In einer globalen Sicherheitsarchitektur, die vom Primat des Zivilen geleitet ist, braucht es keine Militärbündnisse – die NATO ist überflüssig und muss abgeschafft werden! Wir glauben, dass Deutschland dies anerkennen und sich in den Gremien der NATO für deren Überführung in eine zivil orientierte Organisation einsetzen muss. Einen einseitigen Austritt lehnen wir jedoch als kontraproduktiv ab.

Menschenrechte globalisieren!

Die Garantie der Geltung der Menschenrechte überall auf der Welt ist ein zentrales Prinzip unserer Politik. Die Globalisierung der Weltwirtschaft und die Tendenz zu globaler Politik setzen den Rahmen, um die Menschenrechtsstandards in vielen Ländern spürbar zu erhöhen und langfristig zu gewährleisten. Die Verwirklichung von Demokratie darf keinesfalls militärisch durchgesetzt werden – wir wehren uns gegen jeden Versuch, die Menschenrechte als Deckmantel für militärische Interventionen zu nutzen. Hier gilt es, stärker als bisher mit Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten. Wir stehen in solidarischer Partnerschaft mit vielen Nichtregierungsorganisationen, die sich in vielen Ländern der Erde für die Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte stark machen.

Die Bedingungen des Welthandels können vielfach die Bedingungen in den am Handel partizipierenden Ländern bestimmen, diese Chancen müssen wir nutzen. Im Rahmen der Globalisierung sollten demokratische Länder ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Ländern, in denen es keinen akzeptablen Mindeststandard bei Menschenrechten gibt, so stark wie möglich begrenzen, die WTO muss verstärkt auf eine Einhaltung der Menschenrechte hinwirken.

Gerechtigkeit für alle

Die GRÜNE JUGEND NRW setzt sich für die gerechte Zusammenarbeit aller Länder ein. Entwicklungszusammenarbeit muss mit einem nachhaltigen Gesamtkonzept und immer auf Augenhöhe geschehen. Es muss darum gehen, Strukturen herauszubilden, mit denen die Hilfe vor Ort durch staatliche und nichtstaatliche Akteure koordiniert werden kann. Wir wehren uns gegen alle Formen der paternalistischen Entwicklungshilfe alter Prägung. Wir fordern, dass die Industriestaaten ihren Beitrag zu einer modernen Entwicklungszusammenarbeit leisten, denn sie sind in der Verantwortung. Deshalb ist das Ziel, 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Förderung von Entwicklung aufzuwenden, so schnell wie möglich zu realisieren.

Kernelement der Entwicklungspolitik muss die Schaffung von Rahmenbedingungen sein, in denen die Entwicklungsländer eine funktionierende Wirtschaft entwickeln können. Dazu gehört auch, die Märkte der Industrieländer für Produkte aus den Ländern des Südens stärker zu öffnen und Handelshemmnisse abzubauen. Andererseits ist es auch nötig, verbindliche Verhaltensregeln für transnational agierende Konzerne zu etablieren.

Auf in die friedliche Weltgesellschaft!

Die GRÜNE JUGEND NRW kämpft für eine friedliche Welt. Krieg ist für uns kein Mittel der Politik, sondern verschlimmert regionale Konflikte nur. An den großen Kriegen unserer Zeit mussten wir sehen, dass einseitiges Vorgehen nicht zu Frieden führen kann und nicht zur Verbreitung der Demokratie taugt. Wir träumen von einer Weltordnung, in der Armeen überflüssig sind, weil ausschließlich zivile Mittel zur Konfliktbewältigung und Konfliktprävention genutzt werden. Wir wissen aber auch, dass es dafür noch vieler kleiner Schritte bedarf.

Kein Frieden ohne gerechte Weltordnung

Der globale Frieden steht heute vor anderen Herausforderungen als noch im 20. Jahrhundert. Standen sich früher noch Staaten oder Blöcke gegenüber, so sind wir heute so stark wie nie zuvor mit asymmetrischen Konflikten konfrontiert, wie nie zuvor sind Fragen natürlicher Ressourcen heute auch Fragen der Sicher-

heitspolitik und wie nie zuvor zementiert eine ungerechte Welthandelsordnung die Konflikte zwischen Norden und Süden. Die GRÜNE JUGEND NRW nimmt für ihr friedenspolitisches Programm diese Herausforderungen an. Wir stehen zum Primat des Zivilen, wir messen Politik am Grundsatz der Gewaltfreiheit.

Diplomatie und Sanktionen zu Kerninstrumenten machen

Konflikte friedlich lösen zu können, erfordert vor allem zivile Ressourcen und Maßnahmen. Deutschland hat sich als Soft Power im Konzert der weltweiten Diplomatie bewährt. Oft genug waren deutsche Diplomaten an der Lösung schwieriger Konflikte mit vielfach weltweiter Bedeutung beteiligt, diese Tradition muss fortgesetzt werden. Begleitend muss das weitere zivile Instrumentarium zur Prävention militärischer Konflikte ausgebaut werden.

Neben der Ausbildung und Bereitstellung von Friedensfachkräften und der Intensivierung der Friedensforschung ist auch die Überarbeitung der Sanktionsinstrumente notwendig. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, dass Sanktionen immer länderspezifisch entwickelt werden und zum Einsatz kommen. Die Zivilbevölkerung soll dadurch möglichst wenig betroffen werden. So ist der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen oft nicht der richtige Weg, verbrecherische Regime unter Druck zu setzen, während die Zivilbevölkerung massiv leidet. Die Festsetzung von Auslandsvermögen beispielsweise ist weitaus förderlicher. Da von Sanktionen vielfach auch Drittstaaten betroffen sind, setzen wir uns für einen internationalen Sanktionshilfefonds ein.

Abrüstung vorantreiben – Abschied von der Wehrpflicht

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, die Abrüstungsbemühungen im Rahmen internationaler Abkommen voranzutreiben. Einseitige Abrüstungsschritte können diesen Prozess vorantreiben. Nationale Armeen in Europa müssen abgebaut und in eine gemeinsame Europäische Armee aller EU-Mitgliedsstaaten überführt werden. Diese Armee darf nicht angriffsfähig sein, sondern muss zur militärischen Begleitung und Absicherung ziviler Konfliktlösungsstrategien dienen. Wir stehen zum Ende der Wehrpflicht in Deutschland, weil sie ungerecht, unzeitgemäß und überflüssig ist.

Zudem fordert die GRÜNE JUGEND NRW die Abschaffung des Kommandos Spezialkräfte (KSK), welches bislang ohne vorherige Genehmigung durch den Bundestag im Ausland eingesetzt werden kann.

Den schleichenden Wandel der Bundeswehr von einer Armee zur Landesverteidigung zu einer global einsetzsfähigen Interventionsarmee beurteilen wir äußerst kritisch. Notwendig ist ein umfassendes Abrüstungskonzept, das alle hochgerüsteten Staaten einbezieht. Dabei können auch einseitige Abrüstungsschritte sinnvoll sein. Die Bundesrepublik Deutschland muss endgültig zur atomwaffenfreien Zone werden! Die Bundesregierung muss sich für das Ende und auf dem Weg dahin für die umfassende Kontrolle von Rüstungsexporten stark machen – auch auf Europäischer Ebene und auch gegenüber befreundeten Regierungen.

Selbstbestimmung und Souveränität

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Souveränität des Nationalstaats sind für uns Richtschnur der globalen Sicherheitsarchitektur. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert für alle militärischen Einsätze das Mandat der Generalversammlung der Vereinten Nationen einzuholen. Militärische Komponenten sind stets nur als kleiner Teil eines zivil orientierten Gesamtkonzepts zu verstehen. Die GRÜNE JUGEND NRW sieht sich der Erhaltung der weltweiten Gewaltlosigkeit verpflichtet. Es kann jedoch zu Situationen kommen, in denen Eingriffe in die staatliche Souveränität unabdingbar sind. Diese Bedingungen sind nur dann erfüllt, wenn es unabhängige Nachweise für massive und systematische Verletzungen der Menschenrechte durch

staatliche Instanzen gibt.

Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen in ein multilaterales System eingebettet sein. Sie müssen in jedem Fall durch den Bundestag genehmigt werden. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert, die Entsendebedingungen dahingehend zu ändern, dass für einen Auslandseinsatz der Bundeswehr eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages notwendig ist.